Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 7. | Danzig, den 24. Januar 1914. | 5. Jahrgang.

Polizeikorruption.

Im heiligen Köln ist durch einen unvergleichlichen Schmierprozeß das preußische Polizeisystem bis aufs schmutzige Hemd entkleidet worden. Was sich da abspielte, war wirklich noch nicht da. Die unantastbare, unbestechliche, erhabene Polizei wurde als das gerade Gegenteil enthüllt. Dieser Skandalprozeß wird nachwirken!

Stolz und siegessicher hatte man die Gerichtsverhandlung gegen den sozialdemokratischen Redakteur eingeleitet, aber schon die ersten Tage erbrachten einen totalen Zusammenbruch des ganzen preußischen Polizeisystems. Ahnungslos hatte der Königliche Polizeipräsident von Weegmann gegen die Rheinische Zeitung Strafantrag gestellt, als sie in einem „Backschisch" überschriebenen Artikel zu den Enthüllungen Stellung nahm, womit der vom Amt suspendierte Kriminalkommissar Hannemann in einem gegen ihn anhängig gemachten Prozeß die Welt überrascht hatte. Und nun saß der Chef der Kölner Polizei im Gerichtssaal und erlebte als Augenzeuge die Aufdeckung eines Korruptionssystems, das man bisher nur in Rußland für möglich gehalten hätte. Vor allem ward ein Trio von Inspektoren der schlimmsten Korruption überführt. Die „heiligen drei Könige", wie sie in eingeweihten Kreisen genannt wurden, hielten es mit ihren Namensvettern in dem bekannten Epiphaniasgedicht Goethes: „Sie essen gern, sie trinken gern, sie essen und trinken und — bezahlen nicht gern". Sektgelage und üppige Schmausereien auf Kosten von „Freunden", denen sie dienstliche Gefälligkeiten erweisen konnten: Wirte, Bierbrauer, Spediteure, Agenten, Konzessionssuchende usw., waren an der Tagesordnung. Von einem Kaffeehausbesitzer ließen zwei sich goldene Uhren schenken, zu Neujahr oder zu Weihnachten wurden ihnen von Interessenten regelmäßig appetitliche „Frühstückskörbchen" ins Haus geschickt, Jagdbeute und alles mögliche andere stapelte sich daheim auf und ließ sie leben wie im Schlaraffenland.

Auch bares Geld verschmähten die Herren nicht. Von einer Anzahl Zeugen wurde festgestellt, daß sie an Inspektoren oder Kommissare regelmäßig oder in bestimmten Fällen Geld übersandt hatten, um sie ihren Wünschen gefügig zu machen oder sich für bereits geleistete Dienste erkenntlich zu zeigen. Ganz toll wurde es mit den Wirtschaftskonzessionen getrieben. In Köln wird bei solchen Konzessionen die Bedürfnisfrage geprüft, und die Polizei ist darin nahezu allmächtig. Die Konzessionen sind nun wie durch die Verhandlung erwiesen worden ist, zu einem regelrechten Handelsobjekt geworden: ein Restaurateur, Duzfreund eines der Inspektoren und Saufkumpan der anderen, betrieb eine regelrechte Konzessionsfabrik. Zu ihm pilgerten die Agenten oder andere um eine Konzession bemühte Leute; er wußte wie ein Zeuge sagte, „am besten die Wege, die zum Ziele führen", und der Mann hat sich von seinen Klienten für jede Vermittlung Summen bis zu 2000 Mark zahlen lassen. Bares Geld will er freilich den Inspektoren nicht gegeben haben; aber er „wußte ja die Wege". In anderen Fällen ist dagegen die Annahme von Bargeld zweifelsfrei erwiesen worden; wiederholt hat sich auch die „Frau Inspektor" zu den Klienten bemüht und Geld von ihnen „geliehen" — in einem Falle 500 Mark. Ein Zigarrenhändler, der ebenfalls mit den Inspektoren Sekt trank und, wie er sich rühmte, durch „Herzensfreundschaft" mit ihnen verbunden war, hat vor Gericht zwei Fälle zugeben müssen, wo er für je 500 Mark Wirtschaftskonzessionen vermittelte.

Noch toller ist die folgende Geschichte, die direkt an Rußland erinnert. Der Kölner Rennverein zahlt alljährlich an die Polizei 500 Mark, damit sie auf dem Rennplatz zur Unterdrückung der Buchmacher tätig sein soll. Das Geld wird an die Beamten verteilt, die auf dem Rennplatz tätig sind. Nun wurde vor Gericht aber festgestellt, daß umgekehrt auch die Buchmacher Geld sammeln und es denselben Beamten übermitteln, die vom Rennverein bezahlt werden, damit sie die Buchmacher vertreiben sollen. Von Verfolgern und Verfolgten nehmen die biederen Polizeier gleichmäßig Geld. Einer der als Zeugen geladenen Buchmacher berief sich bei der Frage, ob er an den Inspektor Geld gegeben habe, der auf dem Rennplatz die Aufsicht führt, auf sein Zeugnisverweigerungsrecht — die Verweigerung war natürlich gleichbedeutend mit einem Geständnis und wurde denn auch von der Verteidigung sofort als solches festgestellt.

Toller konnte es kaum noch werden. Aber noch einige andere Enthüllungen erregten gewaltige Sensation. Ein früherer Kriminalwachtmeister schilderte mit allen Einzelheiten zwei geradezu haarsträubende Fälle, die er dienstlich erfahren haben will. In dem ersten Fall wurde von Berlin aus nach einem noch im Kindesalter stehenden Mädchen gefahndet, das ein reicher Lüstling nach Köln verschleppt hatte. Der Zeuge hat damals den Aufenthalt des Mädchens ermittelt; der reiche Lebemann, nebenbei türkischer Konsul, hat ihn mit 1000 Mark zu bestechen versucht; er hat das entrüstet abgelehnt — und darauf hin hat sich der Verführer mit dem zuständigen Kriminalkommissar in Verbindung gesetzt, der nun nach Berlin berichtet habe, daß das Mädchen in Köln nicht aufzufinden sei! Der Zeuge nimmt bestimmt an, daß sich der Kommissar habe bestechen lassen. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen wohlhabenden Hundertfünfundsiebziger (Homosexuellen), der Tausende von Mark an Soldaten gab und eines Abends bei seinen Jagdzügen festgenommen wurde. Der Zeuge will durch die dünne Wand des Nebenzimmers gehört haben, wie der Kriminalkommissar den Festgenommenen um ein „Darlehen" von 1000 Mark bat. Er habe geantwortet, daß er nicht soviel bei sich trage; nach einigen Tagen sei er jedoch wiedergekommen, und daraufhin habe man ihm kein Haar gekrümmt.

„Für Geld ist bei der Kölner Polizei alles zu machen!" So sagte ein Zeuge, dessen Bild im Verbrecheralbum der Polizei steckte, der aber von derselben Polizei eine Hotelkonzession erhalten hatte. Aber ohne Geld ist bei der Kölner Polizei nichts zu haben. Das hat eine wuchtige Schlußszene des Prozesses bewiesen. Der Angeklagte hatte behauptet, daß die Kölner Kriminalpolizei zunächst und mit Eifer Diebstähle bei Reichen bearbeite, weil diese Geld springen ließen, während die Bestohlenen der unteren Klassen vernachlässigt werden. Der Polizeipräsident ließ zum Beweise des Gegenteils über 20 Kriminalschutzleute aufmarschieren. Aber alle, soweit sie nicht die Aussage verweigerten — ein Eingeständnis der Schuld — bestätigten die Behauptung des Angeklagten. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei ist in Köln, und wohl auch anderwärts, abhängig von den Summen, die die Bestohlenen springen lassen. Mit 9 Mark „Vigilanzgeldern" im Monat, 30 Pfennig den Tag, können die Kriminalschutzleute ihre Ausgaben nicht decken, und deshalb bearbeiten sie hauptsächlich diejenigen Sachen, an denen größere „Spesen" herausspringen. Nun weiß man auch, weshalb verhältnismäßig sehr selten kleinere Diebstähle aufgedeckt werden. Die Polizei nimmt zwar die Anzeige an, denkt aber gar nicht an die Bearbeitung, weil, wie ein Kölner Kriminalschutzmann sehr richtig aussagte, „ohne Geld doch nichts zu machen ist". Der Chef der Kölner Polizei wagte es, zu solchen Zuständen auch noch den Hohn hinzuzufügen, indem er dem Angeklagten zurief, für die politische Polizei ständen genügende Mittel zur Verfügung. Dafür werde von Berlin aus mehr als reichlich gesorgt.

Und nun ist wegen „formaler" Beleidigung der Angeklagte Sollmann zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden, trotzdem alles erwiesen wurde. Aber der Enthüller der Korruption sei in der Kritik „zu weit" gegangen; er habe „in der Form" zu scharf geschrieben. Das ist wiederum echt preußisch. In andern Ländern entbietet das Gericht einem Reiniger des Systems den Dank der Oeffentlichkeit, in Preußen wird immer wegen „der Form" verurteilt. Dadurch sollen zukünftige Kritiken und Kritiker abgeschreckt werden.

Aber das System ist nicht zu halten. Sogar die bürgerliche Presse mußte feststellen, daß während der Gerichtsverhandlung aus dem Angeklagten ein Ankläger wurde und daß hier nicht ein Kritiker, sondern das Polizeisystem auf der Anklagebank saß. Das bestätigt jetzt auch die Behörde. Sie hat gegen die Polizeiinspektoren Votsch, Landschulz und Ciben das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte und die sofortige Amtssuspension eröffnen müssen. Auch gegen den Polizeiinspektor Kautz soll in Hannover vorgegangen werden.

Aber die Entfernung Einzelner entfernt noch nicht das System. Solange der Kapitalismus herrscht, wird die Polizei immer wieder auf den Pfad der Korruption und Bestechlichkeit gedrängt werden. Erst die Durchführung völliger Volksdemokratie kann aus der Polizei eine reine und unparteiische Sicherheitsbehörde machen.

Die künftige Revanche.

Die Geschichte ist immer die größte Lehrmeisterin der Politik. Die gegenwärtige Zeitgeschichte aber führt einen deutlicheren Anschauungsunterricht als je.

Was haben die Vorgänge der jüngsten Tage bewiesen? Was haben die Militärs gezeigt, die auf der Zivilbevölkerung ungestraft herumtrampeln, die Kriegsgerichte, die sich über den Reichskanzler lustig machen, der Reichskanzler, der das Mißtrauensvotum der Volksvertretung mit einem Fußtritt erledigt, endlich das persönliche Regiment, das dem Lande einen Nasenstüber versetzt, indem es die Diktatur der Soldateska mit einem Orden schmückt? Sie alle haben binnen wenigen Tagen gezeigt, daß Gesetz und Recht in Deutschland Schall und Rauch geworden sind.

Aber die Zaberner Vorgänge haben diese Sachlage nicht geschaffen. Sie haben nur enthüllen und in blitzartiger Beleuchtung zeigen können, was ohne sie, was vor ihnen Tatsache geworden war. Die ungenierte, nackte Herrschaft der absolutistisch-militärischen Reaktion, ihr beispiellos provokatorisches Auftreten sind nur die Rückseite einer anderen Erscheinung: sie bedeuten die völlige Ausschaltung des bürgerlichen Liberalismus aus dem öffentlichen Leben Deutschlands, die endgiltige Abdankung der bürgerlichen Opposition. Nachdem es unzählige Male als Verfechter des liberalen Fortschritts versagt, hat das deutsche Bürgertum nunmehr auch als Hüter des kümmerlichen deutschen Rechtsstaats, des deutschen Konstitutionalismus offiziell seinen Abschied genommen. Und je mehr leere Worte es im Reichstag und in der Presse macht, umso mehr unterstreicht es die eigene Unfähigkeit, auch nur zu einer einzigen wirksamen Tat.

Die aus dem Moder der Zeiten durch die schneidigen Militärs von Zabern hervorgeholte Kabinetsordre von 1820 ist somit für die Sachlage in ihrem ganzen Umfang symbolisch: der Vormärz gilt jetzt in Deutschland und das reichsdeutsche Parlament nähert sich an politischer Bedeutung und geschichtlicher Funktion um einen Schritt mehr der russischen Duma. Die historische Dialektik weiß wieder einmal die schroffen Gegensätze des liberalen Formelkrams: Absolutismus und Parlamentarismus zu einer artigen Synthese zu verschmelzen, indem sie den Parlamentarismus zum dünnen Feigenblatt des militärischen Absolutismus macht.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist eben nur eine wirkliche politische Macht, wo zwischen Bourgeoisie und Feudalaristokratie ernsthafte Klassengegensätze bestehen, große Klassenkämpfe ausgefochten werden. Wo hingegen die Bedingungen der geschichtlichen Entwickelung dahin führen, das kapitalistische Bürgertum mit dem feudalen Junkertum durch übermächtige Gemeinsamkeit der Klasseninteressen politisch zusammenzuschweißen, da schwindet die geschichtliche Grundlage des Parlamentarismus, und es ist nur eine Frage der Umstände, wann seine innere Aushöhlung an den Tag tritt. Im heutigen Deutschen Reich begann dieses Zusammenschweißen der Bourgeoisie mit dem Junkertum schon bei jenem denkwürdigen Handel zwischen den nationalliberalen und konservativen Maklern um den Zolltarif von 1877, bei dem man nach dem Zeugnis eines Abgeordneten in der Kulisse des Reichstags hören konnte: „Geben Sie 50 für Roggen, gebe ich den Eisenzoll, oder verwerfen Sie die Herabsetzung des Eisenzolls, so gebe ich Ihnen den Roggen." Dieses Zusammenschweißen machte einen Schritt weiter mit dem Sozialistengesetz. Es wurde gestärkt 1899 durch das große Flottengesetz, mit dem das Zentrum endgiltig aus dem Lager der Opposition in das Regierungslager hinübertrat. Es wurde vollendet durch den Hungerzolltarif 1902, als der Freisinn durch seinen Führer Eugen Richter den junkerlichen Krippenreitern den Steigbügel hielt. Es ist besiegelt worden mit der imperialistischen Militärvorlage des Jahres 1913, die den ganzen bürgerlichen Reichstag in Sklavenstellung zu Füßen des Absolutismus gefunden hat. Jedes Jahr, jede große Vorlage, jeder neue Raubzug gegen die Volksmasse führte seit den siebziger Jahren Schritt um Schritt die Nationalliberalen, das Zentrum, den Freisinn ins Lager der junkerlichen Reaktion — et nec locus ubi Troja fuit: heute ist nichts geblieben, wo einst das bürgerlich-oppositionelle Troja stand!

Und heute wundern sich die braven liberalen Helden baß, sie reiben sich die Augen, weil ihnen schallende Ohrfeigen vom Absolutismus und Junkertum auf die Wangen klatschen! Sie gedachten selbander mit dem Junkertum den „Rechtsstaat" gegen das Proletariat schiedlich-friedlich auszubeuten und haben nicht bemerkt, wie ihnen Junkertum und Absolutismus den Rechtsstaat von Innen wie Mäuse zernagt haben. Die ahnungslosen Engel haben nicht gewußt, daß ein bürgerliches Parlament ohne bürgerliche Opposition ein Unding, daß eine bürgerliche Volksvertretung, die den Etat stets einstimmig votiert und alle Regierungsvorlagen gehorsamst apportiert, ein politisches Kasperletheater, daß ein bürgerlicher Rechtsstaat ohne bürgerliche Klassenkämpfe eine hohle Nuß, ein ausgeblasenes Ei ist, das jeder Kürassierstiefel zertreten kann.

Es ist das Fazit der folgerichtigen Entwickelung eines halben Jahrhunderts kapitalistischer Produktion in Deutschland, was in und um Zabern zu Tage tritt. Die junkerlich-absolutistische Reaktion rechnet nicht mehr mit der bürgerlichen Opposition. Sie rechnet aber noch nicht mit der proletarischen Opposition. Die Wirkungslosigkeit der nurparlamentarischen Widerstände hat sich endgiltig erwiesen. Die Wirksamkeit des Massenwiderstandes aber hat die Reaktion noch nicht zu kosten bekommen. Das ist es, was der augenblicklichen Lage in Deutschland mit ihrem unerträglichen Druck das besondere Kennzeichen gibt. Das ist, was den Uebermut und die herausfordernde Haltung der Reaktion erklärt.

Und in der Tat steht heute so ziemlich alles auf dem Spiel: nach der öffentlichen Sicherheit und dem persönlichen Recht, die im Belagerungszustand sind, nach dem internationalen Frieden, der durch die Abenteuerlust und das Säbelfuchteln der herrschenden Soldateska bedroht ist, nach dem Koalitionsrecht, auf das ein Attentat vorbereitet wird, kommt bald die Reihe ans **allgemeine Wahlrecht.** Nach der Zaberner Kraftprobe wird sich die alte Garde der Feinde des Reichstagswahlrechts nicht mehr genieren brauchen.

Aber diese endgiltige Ausschaltung der bürgerlichen Opposition hat nur zur Folge, daß immer näher und unerbittlicher die direkte Auseinandersetzung zwischen der herrschenden Reaktion und den Arbeitermassen heranrückt. Gerade die brutale Zerrüttung des Rechtsstaates und des Parlamentarismus führt dazu, daß die Arbeiter, um Recht und Gesetz zu schützen, zu ihren Machtquellen werden greifen müssen. Wir brauchen und wollen keine „Katastrophen". Daß es die herrschenden Klassen sind, die allzumal zu Katastrophen treiben, dafür ist Deutschland heute ein klassisches Beispiel. Durch das Niedertreten der bürgerlichen Opposition, durch die äußerste Erniedrigung des Parlaments, durch Zerschmetterung aller Rechtsgarantien sorgen die heutigen Zustände selbst dafür, daß die entscheidende Auseinandersetzung des Proletariats mit der Reaktion nicht im engen Rahmen und auf dem schwanken Boden des parlamentarischen Rechts, sondern auf jenem festen Grund ausgefochten wird, wo das ungeschriebene historische Recht mit der realen Macht der Arbeiterklasse ihre gemeinsame Wurzel haben.

Die Revanche für den heutigen Triumph hat die Reaktion in Deutschland nur von der Arbeiterschaft, von dieser aber mit tötlicher Sicherheit zu erwarten. Indem jedoch das klassenbewußte Proletariat in seiner ganzen breiten Front den Kampf aufnehmen wird, muß der Kampf selbst dadurch an Tiefe und Tragweite gewinnen. „Mit dem Umfang und der Massenhaftigkeit der Bewegung wächst auch die Gründlichkeit der Masse, deren Bewegung sie ist", hat einst Marx gesagt. Die Arbeiterklasse kann nicht um den bürgerlichen Rechtsstaat kämpfen, ohne dem Kampfe ihren revolutionären Klassencharakter aufzudrücken. Sie kann nicht den bürgerlichen Parlamentarismus schützen, ohne zugleich an der bürgerlichen Klassenherrschaft nach Kräften zu rütteln.

Daß die heutigen Vertreter der absolutistischen Militärdiktatur in ihrem wilden Triumph über die bürgerliche Rechtsordnung in diese Auseinandersetzung mit den Arbeitermassen mit verhängten Zügeln sprengen und so den Gang der Dinge beschleunigen, an dessen Ende unser Sieg historisch verbürgt ist, beweist, daß auch sie nur ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und oft das Gute schafft.

R. L.

Politische Übersicht.

Vom Haushaltsplan für das Reichsamt des Innern.

Der Reichstag hat mit der zweiten Lesung des Haushaltsplanes für das Reich begonnen. Er wird auch in diesem Jahre verhältnismäßig viel Zeit auf die Beratung des Teils verwenden, der das Reichsamt des Innern betrifft. Das wird — wie auch schon in früheren Jahren — Anlaß zu der Klage geben, daß der Reichstag es an einer sachgemäßen Regelung dieser Beratung fehlen lasse.

Der Reichstag hat aber bereits wiederholt eine solche Regelung versucht, konnte sie jedoch nicht erreichen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich die Tätigkeit des Reichsamts des Innern auf ein sehr weites Gebiet erstreckt, das zu einem guten Teile besondere Beachtung beansprucht, weil es sich hier ausnahmsweise — n i c h t um Militarismus und Eroberungspolitik, sondern um solche Bestrebungen handelt, die wirklich für die Menschheit nützlich sind.

Der „Ordentliche Etat" für das Reichsamt des Innern beginnt in seinen Ausgaben mit den „Fortdauernden Ausgaben". Hier stehen an erster Stelle die Besoldungen und weiteren Ausgaben für die Beamten im Reichsamt des Innern mit mehr als zwei Millionen Mark. Dies ist aber bei weitem nicht der ganze Betrag für die Beamten. Dem Reichsamt des Innern sind noch viele besondere Aemter unterstellt; hier ist noch ein ganzes Heer von Beamten beschäftigt, und für sie muß das Reich noch weitere Millionen Mark ausgeben.

In dem Haushaltsplan folgen jedoch nach den Ausgaben für die Beamten des Hauptamtes zunächst „Allgemeine Fonds", das sind dauernde Ausgaben zur Förderung ganz verschiedenartiger Bestrebungen. So für Wissenschaft und Kunst, für See- und Luftschiffahrt, für Binnen- und Seefischerei, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, für Denkmäler, für Volkswohlfahrt. Hier finden wir auch die Belastung des Reichs aus den Leistungen nach der Reichsversicherungsordnung und zwar:

aus den Invaliden- und Altersrenten	55 510 279 Mark
aus den Invalidenkrankenrenten	960 000 Mark
aus den Witwen- und Waisenrenten	2 135 500 Mark
aus den Witwenkrankenrenten	10 000 Mark
aus den einmaligen Leistungen	446 000 Mark
zur Abrundung	221 Mark
Im ganzen	59 062 000 Mark.

Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt 2 Millionen Mark. — Für die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften sind mehr als 6 Millionen Mark eingesetzt; hier ist eine Zunahme von 1¾ Millionen Mark gegen das Vorjahr. Dies hat einen für viele Arbeiterfamilien sehr unangenehmen Grund; es sollen im nächsten Jahre 255 995 Mark m e h r zu Friedensübungen eingezogen werden. — Zur Unterhaltung der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt werden wie im Vorjahr 45 000 Mark verlangt. — Ebenso ist der Zuschuß an die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz gleich geblieben; er beträgt 8000 Mark. Dagegen soll der Beitrag für den Verband Deutscher Arbeitsnachweise von 30 000 auf 50 000 Mark erhöht werden.

Der nächste Abschnitt des Haushaltsplanes umfaßt die Reichskommissariate. Es sind dies: Für Ueberwachung des Auswanderungswesens; Reichs-Schulkommission; Technische Kommission für Seeschiffahrt; Schiffsingenieur-, Seemaschinisten-, Steuermanns- und Schifferprüfungswesen, Börsenausschuß, Berufungskammer in Börsen-Ehrengerichtssachen und Berufungskommission für das Ordnungsstrafverfahren.

Daran schließen sich die Aufstellungen für das „Bundesamt für das Heimatwesen", Schiffsvermessungsamt, Ausführung des Kaligesetzes, Entscheidende Disziplinarbehörden, Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen, Statistisches Amt, Normal-Eichungskommission, Gesundheitsamt, Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, Patentamt, Reichsversicherungsamt, Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Kanalamt, Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Beim Statistischen Amt nimmt die Arbeit in der Abteilung für Arbeiterstatistik ständig zu, teils infolge der Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Arbeitsnachweisstatistik, der Ausdehnung der Organisationsstatistik auf die neu entstehenden Angestelltenverbände, der Bestrebungen auf Vereinigung der Verbände sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Arbeitern, des Ausbaues der Tarifstatistik zu einer Bestandsstatistik, teils dadurch, daß der Abteilung neue Aufgaben zugewiesen werden. Aus diesem Grunde soll ein Mitglied mehr angestellt werden.

Mit dem Gesundheitsamt steht eine der einmaligen Ausgaben in Verbindung. Daher sei sie schon hier erwähnt: Aus verschiedenen Gründen, so heißt es in der Erläuterung der Forderung, hat es sich als notwendig erwiesen, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwefelsäure-, Salzsäure-, Salpetersäure- und Sodaindustrie eingehend zu untersuchen. Das Reichs-Gesundheitsamt ist beauftragt worden, die erforderlichen Untersuchungen anzustellen und ein Gutachten vorzulegen. Die Untersuchung wird voraussichtlich eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Die Kosten werden sich auf 50 000 Mark belaufen. Davon sind in diesem Jahre 12 500 Mark eingesetzt.

Auch die Geschäfte des Aufsichtsamtes für Privatversicherung sind stark angewachsen. Und zwar deshalb, weil am 1. Juni 1912 und am 1. Januar 1913 die größeren freien Hilfskassen und etwa 300 bayerische Versicherungsunternehmungen unter die Reichsaufsicht gekommen sind. Dies erfordert die Anstellung weiterer Beamten. Ferner erscheint die Kraft eines ständigen Mitgliedes im Hauptamt notwendig zur Erledigung der vermehrten technisch-mathematischen Aufgaben. Insbesondere muß für die Spruchsitzungen in Angelegenheiten der Krankenkassen und der Sterbekassen sowie der Pensionskassen als stimmberechtigtes Mitglied ein Berichterstatter vorhanden sein, der mit den Arbeiten dieser Kassen und mit der Aufsicht über sie vertraut ist.

Als einmalige Ausgaben sind außer der bereits beim Gesundheitsamt erwähnten Forderung noch 40 weitere angeführt, die sich in derselben Weise wie die allgemeinen Fonds auf alle Gebiete mehr oder weniger gemeinnütziger Bestrebungen beziehen. Darunter ist — wie im Vorjahre — der Betrag von 15 000 Mark zur Förderung einer internationalen Bibliographie für Sozialwissenschaften und der Betrag von 60 000 Mark als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche. Der Beitrag für den Verband der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen soll von 3000 auf 6000 Mark erhöht werden. Der Verband hat mit seiner Geschäftsstelle eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen verbunden. Er sucht hierdurch dem unlauteren Wettbewerb insoweit entgegenzutreten, als es sich um die planmäßige Ausbeutung der Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit der großen Masse des arbeitenden Volkes durch schwindelhafte Unternehmungen handelt. Zur Förderung dieser Bestrebungen soll zunächst für zwei Jahre der Beitrag um jene 2000 Mark erhöht werden. — Für die Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sollen 150 000 Mark — gegenüber 100 000 Mark im Vorjahre — bewilligt werden um die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose auch in den bisher von der Fürsorge noch nicht erfaßten Kreisen der Bevölkerung, besonders des Mittelstandes, zu ermöglichen. — Neu eingestellt sind 60 000 Mark als Beitrag zu den Kosten der Beteiligung der deutschen Industrie an der Baltischen Ausstellung in Malmö 1914. Diese Kunst- und Industrieausstellung findet vom 15. Mai bis 15. September statt. Sie soll sämtliche Ostseeländer, also Schweden, Dänemark, Rußland und Deutschland umfassen. Eine Umfrage in den Kreisen unserer Industriellen hat ergeben, daß hier eine starke Beteiligung an der Ausstellung zu erwarten ist. Die Kosten werden in erster Linie die Aussteller selbst zu decken haben. Um jedoch eine übermäßige Belastung der Aussteller zu vermeiden und dem Umstande, daß auch das Reich Wert auf eine würdige und Erfolg versprechende Ausstellung der deutschen Abteilung legen muß, Rechnung zu tragen, ist — nach eingehender Prüfung — ein Reichszuschuß von 100 000 Mark erforderlich. Hiervon sind außeretatsmäßig im Jahre 1913 40 000 Mark zur Verfügung gestellt, so daß noch die jetzt eingestellte Forderung von 60 000 Mark übrig geblieben ist.

Der „Außerordentliche Etat" besteht aus einer einzigen Forderung zur Förderung geeigneter Kleinwohnungen. Diese Wohnungen sind bestimmt für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs sowie in den Betrieben der Militärverwaltungen. Gefordert sind wie im Vorjahre vier Millionen Mark, die als Darlehen an einzelne Personen und an gemeinnützige Unternehmungen wie Bauvereine, Baugenossenschaften usw. gegeben werden und zum Erwerbe geeigneten Baugeländes dienen sollen.

Im ganzen sind die Ausgaben des Reichs für gemeinnützige Bestrebungen in den engsten Grenzen gehalten. Daher ist es begreiflich, daß in jedem Jahre der Reichstag zu weiteren dringenden Forderungen Stellung zu nehmen hat und die Erörterung eine große Ausdehnung erlangt.

Deutschland.

Preußen unter Bolivien.

Kürzlich schrieb der Chefredakteur des Berliner Tageblatts: „Dank der Kabinettsordre von 1820 gebe es in Preußen „nur noch jene Art von Recht, die in **Mexiko** und in **Bolivien** herrscht", und durch diesen Vergleich fühlen sich, was nach den Straßburger Urteilen begreiflich ist, die bolivianischen Staatsangehörigen gekränkt. Herr G. Sanginés, Generalkonsul von Bolivien, der offizielle Vertreter der Republik, sendet dem Berliner Tageblatt ein Schreiben, in dem es heißt: „Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß Sie sehr schlecht informiert sind, denn in B o l i v i e n genießen sämtliche Einwohner alle Garantien, die ihnen die Staatsverfassung jener Republik gewährt, welche, nebenbei gesagt, eine der liberalsten ist, die es gibt. Ungeachtet der Berücksichtigung, welche man dort den Verteidigern des Vaterlandes angedeihen läßt, und der Sympathie, die man für jene zeigt, hat der Militärstand keinerlei Vorrechte dem Zivilstande gegenüber, und wird ein jegliches von einem Offizier begangenes Unrecht zwecks Aburteilung vor die Zivilgerichte gebracht, die alsdann, um ein Urteil abzugeben, nicht im geringsten die Uniform, die jener trägt, in Betracht nehmen, da schon seit vielen Jahren eine Militärgerichtsbarkeit, vor welcher diese in Schutz genommen werden könnte, in Bolivien abgeschafft ist." — Glückliches Bolivien, wo man nur ein Gesetz für alle kennt!

Der Ernst der Narrheit.

Der Preußentag, der dieser Tage in Berlin abgehalten worden ist, wird von den liberalen Blättern weidlich verspottet. Und wir wollen den mehr oder minder guten Witzen, die sie darüber produzieren auch keineswegs jede Berechtigung absprechen. Die Sache war wirklich närrisch genug, wenn man sie sich von außen ansah.

Jedoch auch Narren sprechen die Wahrheit und je nachdem ist es sogar ihr besonderes Vorrecht. Die Narren, die auf dem

Der Baldamus und seine Streiche.

[illegible] Von Oskar Wöhrle.

Mit dem Geld, das ich bei mir hatte, gönnte ich mir einige vergnügte Tage. Ich lernte hierbei einen Kunden kennen, namens Preger, der einen besonderen Trick hatte, um sich ohne Fechten durchzubringen. Er ließ sich in größeren Städten für die Fremden[illegible] anwerben und eine Zeitlang verpflegen. Merkte er dann, [illegible] der Transport bald losgehe, so empfahl er sich heimlich und [illegible] das Spiel anderswo wieder.

[illegible] überredete er mich, mitzutun. Doch diesmal waren wir die Dummen. Der Arzt auf dem [illegible] de recrutement erklärte uns beide für tauglich. Nachdem wir eingeschrieben waren, führte uns [illegible] Sergeant in eine Infanteriekaserne, wo wir zu Nacht [illegible]. Vorsichtigerweise fragte Preger, wann der nächste Transport [illegible]. [illegible] der Sergeant, „das hat noch lange Zeit [illegible] oder zehn Tagen!" Aber schon morgens um vier Uhr wurden wir aus den Betten geschüttelt und an die Bahn geführt. [illegible] unterwegs mußten wir Laufschritt machen, um den Zug rechtzeitig zu erreichen. Im ganzen waren wir [illegible] Mann und wurden in ein Abteil gezwängt. Im [illegible] standen zwei Soldaten da, die uns in Empfang nahmen und auf das Fort St. Jean brachten. Diese alte Befestigung ist das Sammelbecken der Legion. Hier strömten die neu Angeworbenen aus allen Gegenden zusammen. [illegible] und wurden auf dem Bureau nochmals eingeschrieben. [illegible] zum Schlafengehen [illegible] gingen wir mit weiter.

Preger [illegible] Sache nun. Er [illegible] Da haben wir [illegible] Sache [illegible] Wunder [illegible] Dann [illegible] ich aber [illegible] die neuen [illegible] Das waren gar unterschiedliche [illegible]

[illegible]

Schon von Weitem sahen wir die Stadt [illegible] Sie zieht sich an einer Anhöhe dahin und macht einen freundlichen Eindruck, besonders die Neustadt mit ihren schönen Anlagen, breiten Straßen und eleganten Bauten. Wir wurden nach dem Fort St. Thérèse gebracht und sofort auf die beiden Regimenter der Legion verteilt. Ich kam zum zweiten. Die fürs erste bestimmt waren, wurden noch denselben Nachmittag transportiert. Die Kaserne auf dem Fort war unsauber, die Wände versudelt und verschmiert. Da dieser Ort die Hauptdurchgangsstation der Legionäre ist, hatten sich hier Viele verewigt, manche in recht gelungenen Sprüchen und Strophen. Wir standen den ganzen Tag herum, rauchten und schwatzten. Wer Geld hatte, setzte sich in die Kantine, wer keins hatte suchte Kakteen. Die wuchsen zahlreich an der alten Fortmauer und schmeckten gut. Nur mußte man beim Schälen achtgeben, daß keine Stacheln zurückblieben. Von der Legion hörte ich hier mancherlei, Wahres und Erlogenes. Ich erfuhr, daß das erste Regiment in Sidi-bel-Abbes liegt, das zweite in Saida. Einzelne Detachements sind auf kleineren Forts im ganzen Lande verstreut. Auch in Madagaskar und Tonkin dienen Legionäre. Jedes Regiment umfaßt sechs Bataillone und zwei Depotkompagnien. Die Gesamtstärke eines Bataillons beträgt einschließlich der Offiziere und Unteroffiziere sechshundert Mann. Jedem Regiment ist eine [illegible] montée beigegeben. Von dieser benutzen je zwei Mann abwechselnd einen Maulesel, so daß es ihr [illegible] Gewaltmärsche von 70 Kilometern in einem Tag zurückzulegen.

[illegible] meiner Kameraden kam ich nach Saida. [illegible] der Zug öfters auf kleineren Stationen Aufenthalt [illegible] spät bis wir ankamen. Der Ort selber [illegible] nur wenig Sehenswürdigkeiten. Die [illegible] großen, untereinander zusammenhängenden [illegible] Eingang liegt das Gefängnis, daneben [illegible] als wir einmarschierten, trotzdem [illegible] an den Fenstern und riefen: „Aha, seht, die [illegible] in den Hof und schauten nach [illegible] Kerl fragte: „Sin kaini [illegible] ered nit, abber nit witt [illegible] war er fröhlich, nahm mich in [illegible] Schoppen Wein nach dem anderen. [illegible] Zimmer mitgeteilt wurde. [illegible] der mir half und dem ich mich [illegible]

[illegible] und wurden eingekleidet [illegible] Hemden, drei Unterhosen, drei Blusen, [illegible] zwei Paar Gamaschen, [illegible] die andere aus Flanell, ferner [illegible] Am Nachmittag [illegible] Tornister, Zelttuch und [illegible] eingehändigt. [illegible] der Waffen und des Tornisters [illegible] Wir wurden ermahnt, zu den [illegible] vors Kriegsgericht. [illegible] alles [illegible] den Kopf, wie ich es [illegible] Der Mühlhauser half mir, da er schon im [illegible] Er zeigte mir wie man [illegible] daß sie nur wenig Platz einnehmen und doch proper aussehen. Ein sauberes Paquetage zu haben, ist der [illegible] Stolz des Legionärs, jeder will es darin dem andern [illegible]. Dann malte er mit schwarzer Tusche meine Nummer (matricule) in die Kleidungsstücke, in jedes mehrere Male. Er sagte, so werden sie dir am wenigsten gestohlen. Stehlen gilt den Legionären nur dann als Schande, wenn einer an Geld geht. Zum Gewehr hieß mich der Mühlhauser besonders Obacht geben. Es war ein Lebelgewehr, das 8 Patronen faßte. Wie ich später ausprobierte, hatte es eine große Reichweite und war sehr treffsicher.

Mein Zivilkleider warf ich in die Abfallgrube, der Kleiderjude, der abends ans Kasernentor kam, wollte nichts dafür geben.

Am Abend war Appell, den der Feldwebel in Begleitung des caporal du jour abnahm. Blies morgens die Reveille, so mußte der Stubendienst in der Küche sofort „Negerschweiß" holen, so nannten sie hier den Kaffee. Dann marschierten wir Blauen auf den Exerzierplatz. Hier wars recht lebendig. Unsere Instrukteure redeten ausnahmslos deutsch. Zuerst mußten wir Freiübungen machen, dann Laufschritt. Nachher wurden Anschlag und Zielübungen vorgenommen. Am Nachmittag lernten wir Bajonettfechten. So ging es drei, vier Wochen hindurch. Sobald das Scharfschießen vorbei war, wurden wir für voll angesehen, kamen auf Kasernenwache und rückten mit den Alten aus. Dann begann die Zeit der Uebungsmärsche. Nach je fünf Kilometern wurde zehn Minuten pausiert, darauf hieß es: weiter! Gleich zu Anfang machten etliche schlapp; es war kein Wunder, trugen wir doch kriegsmäßige Ausrüstung und einen vollgepackten Tornister. Wie wieder einer am Boden lag, schrieen die Unteroffiziere: „Kerl, Cochon, Sau, marschier oder verreck!" Erst später ging mir ein Licht auf, wie ernst dieser Ausruf gemeint war.

Wir hatten auch unterhaltsame Tage. So vor allem am 14. Juli die Nationalfeier der Republik. An diesem Tage gab's eine Parade, das heißt einen Vorbeimarsch mit aufgepflanztem Seitengewehr vor dem Lieutenant-Colonel und den Behörden der Stadt. Nachher kehrten wir in die Kaserne zurück, die wir Tags zuvor festlich geschmückt hatten. Das nachfolgende Essen verlief schön und lustig; erst als die Absynthsauferei anfing, wurde es ungemütlich.

Ich ging mit dem Mühlhauser in ein spanisches Wirtshaus im abgelegensten Viertel. Hier wurde getanzt. Es waren viele saftige Mädchen da, keine aber, die sich mit uns abgab. Bei den Einheimischen wird der Legionär weniger geachtet als ein Hund, obwohl die Kaufleute und Wirte der Stadt nur von ihm leben. Wir schätzten die Sache richtig ein und ließen uns durch die mehrfache Abweisung nicht ärgern, sondern lachten, und tanzten eben nicht. Später kamen Legionäre dazu, die stark angetrunken waren und lärmten. Der Wirt wollte keinen Wein mehr ausschenken. Das gab Radau. Mit Flaschen und Gläsern warfen sie ihm die Fensterscheiben ein, zogen die Bajonette und fuchtelten damit herum, daß Wirt und Gäste flüchteten und Hilfe holten.

Ich und der Mühlhauser verzogen uns, bevor das Getümmel ernster wurde. Unterwegs trafen wir den Adjutanten, der uns nach der Kaserne zurückschickte. Dort wurden wir zu einer Patrouille zusammengestellt und bekamen den Auftrag, die Betrunkenen heimzuführen. Das war keine schöne Arbeit, die meisten weigerten sich, wir mußten öfters Gewalt anwenden. Nach Mitternacht hörten wir aus einer Seitengasse, wo sich ein berüchtigtes Hurenhaus befand, laute Hilfeschreie. Sofort eilten wir dahin und sahen, daß zwei Legionäre mit vier Spaniern im Handgemenge waren. Als ich zusprang, stach mich ein Spanier zweimal in die linke Hand. Viel konnten wir nicht mehr ausrichten, die Schufte entkamen, obwohl wir ihnen etliche Schüsse nachjagten. Einer der angefallenen Legionäre war bereits tot, aus dem aufgeschlitzten Bauch hingen die Gedärme heraus; die Augen waren glasig und der Mund stand ihm voller Schaum und war verzerrt. Der andere hatte einen Bruststich und starb, bevor wir ihn nach der Kaserne geschleppt hatten. Ich trommelte den Unterarzt heraus und ließ mir meine Wunden zunähen. Acht Tage lang war ich dienstfrei und brauchte nicht zum Exerzieren mit.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage zur Volkswacht

Nr. 7. | Danzig, den 24. Januar 1914. | 5. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten und Die Neue Welt.

Aus dem Reichstage.

Der Etat der Sozialpolitik.

Am Sonnabende begann im Reichstage die Beratung des Etats des Innern. Als erster Redner sprach Genosse Robert Schmidt, und seine Darlegungen gaben ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen höchst unerfreulichen Situation. Seine Rede war eine strenge, aber auch in der geschlossenen und reichen Argumentation unwiderlegliche Schilderung des Elends, in dem sich jetzt die sozialpolitische Gesetzgebung, wie auch ihre Ausführung befindet, und sie war zugleich die Ausarbeitung eines großen und gebieterischen Arbeitsprogramms, das sich Parlament und Regierung vornehmen sollten. Gegenüber der Erlahmung sozialpolitischen Geistes und des sozialpolitischen Willens war diese Darstellung und diese Kritik eine wertvolle Tat positiver Leistung. Genosse Schmidt zeigte in der Tat, wie wenig geschehen ist in den letzten Jahren, er wies namentlich hin auf die Lage der Landarbeiter und einzelner wichtiger Kategorien des Industrieproletariats. Er nannte unter Anführung überzeugenden Materials die Bergarbeiter, die Binnenschiffer, die Bauarbeiter, führte auch das zögernde Verhalten der deutschen Reichsregierung in der Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen an, und reihte so zu einer geschlossenen Beweisführung die einzelnen trostlosen Tatsachen. Für die Stimmung oder besser gesagt für die mangelnde sozialpolitische Stimmung der Regierung war besonders interessant die Hervorhebung der Tatsache, daß der Beirat für Arbeiterstatistik geradezu systematisch beiseite geschoben wird und nicht minder überzeugend die mangelnde Ausführung der gesetzlichen Bestimmung über den Heimarbeiterschutz. Dieser passiven Resistenz gegenüber der Sozialpolitik wirkt geradezu aufreizend die Rechtsprechung, die gleichfalls immer feindseliger einer wirksamen Sozialpolitik sich entgegenstellt.

Der fortschrittliche Redner, der dann das Wort nahm, Herr Doormann, mußte selbst die Berechtigung mancher Einwände zugeben, die unser Redner erhoben hatte, und er führte auch manche Probleme an, die einer Regelung dringend bedürfen. Allerdings entschloß er sich nicht zu dem strengen Urteil, das sich doch zwingend aus den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt und an den ganzen Tatsachen ergibt. Er bestritt sogar die Stagnation, die auf diesem Gebiete herrscht, wenn er auch zugeben mußte, daß freilich kein übereiltes Tempo in der Sozialpolitik festgestellt werden kann. Dem Vertrauensvotum, das Herr Dr. Doormann schließlich dem Staatssekretär des Innern aussprach, wird sich die Arbeiterklasse vollends nicht anschließen können.

In der Sitzung am 19. Januar kamen nur Redner der bürgerlichen Fraktionen zu Wort. Aber wenn auch die sozialdemokratische Partei ihre Forderungen nicht geltend machen konnte, die Notwendigkeit einer beschleunigten und gewissenhafteren Sozialpolitik ergab sich doch vielleicht selbst wider Willen des einen oder anderen Redners. So hat der nationalliberale Herr Keinath, wenngleich er die übliche Einschränkung von der Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit unserer Industrie machte, selbst soviel Forderungen aufführen müssen, daß die Konsequenz daraus sich von selbst aufzwang.

Fast ebenso stark wird zugunsten unserer Auffassung die Polemik, die der Redner der Konservativen gegen die Grundlage und die Voraussetzung jeder Sozialpolitik, nämlich gegen das Koalitionsrecht, führte. Herr von Gräfe, der dafür bekannt ist, daß er seinen jungen Adel durch eine möglichst staatserhaltende Gesinnung und durch konservativen Tonfall in jeder Rede zu rechtfertigen sucht, will selbstverständlich beileibe kein Gegner des Koalitionsrechts sein. Aus reiner Liebe will er es durch den berühmten „Schutz der Arbeitswilligen" zu Tode drücken! Und aus demselben edlen Gefühl will er es den Landarbeitern versagen. Die schneidigen Ausführungen dieses Talmijunkers fanden in der Heiterkeit des Hauses die einzig geeignete Antwort.

Auch für die großen Tendenzen der Wirtschaftspolitik war die Erörterung durchaus ertragreich. Es war in diesem Sinne schon interessant und lehrreich genug, als zu Beginn der Legislaturperiode der Staatssekretär des Innern die Entwicklung andeutete und zugab, die sich vom privaten zum Staatsmonopol vollzieht. Nun mußte das gleiche unfreiwillige Bekenntnis von Rednern der bürgerlichen Parteien abgegeben werden. Herr Dr. Meyer vom Zentrum lehnte zwar für seine Partei den Willen zur Schaffung von Staatsmonopolen ab, aber er war doch genötigt, eine weitgehende staatliche Aufsicht über die großen Monopolvereinigungen zu verlangen und Herr Keinath erklärte sogar, daß seine Freunde unter Umständen vor der Verstaatlichung eines von der Vertrustung bedrohten Industriezweiges nicht zurückschrecken würden. Gewiß entspricht diese Auffassung weder in ihren Gedankengängen noch in ihrem Ziel der sozialistischen Anschauung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aber sie liegt doch in der Richtung eines organischen Eingriffes des Staates in die Produktion, und schafft dergestalt ein Argument für die sozialistische Theorie und Politik.

Am 20. Januar trat als erster Fechter der Zentrumskämpe Erzberger in die Reichstagsarena. Held Jagow, Polizeipräsident von Berlin, hat der Berliner Schutzmannschaft, wie erinnerlich sein dürfte, die Gründung einer Vereinigung untersagt. Herr Erzberger wünschte nun zu erfahren, was der Reichskanzler gegen eine solche Beschränkung der Vereinsfreiheit zu tun gedenke. Natürlich wird Herr von Bethmann nichts gegen Jagow unternehmen; Geheimrat Lewald bestätigte das ausdrücklich.

Genosse Krätzig, als der zweite sozialdemokratische Redner zum Etat, leuchtete gründlich in die deutsche Sozialpolitik hinein, die leider viele der Vorzüge vermissen läßt, die ihr zu Unrecht, und um die Massen zu täuschen, nachgerühmt werden. Nicht nur, daß sie schwere Lücken aufweist, zum Beispiel Wohnungsfürsorge und Arbeitslosenversicherung, was an sozialpolitischen Gesetzen vorhanden ist, ist durchgängig ungenügend und ist trotzdem bei der Reichsversicherung teilweise noch verschlechtert worden. Und wie traurig ist es um die Lebenslage ganzer Arbeiterkategorien bestellt! Krätzig konnte Material in Hülle und Fülle anführen. Gesindeordnungen, die für einen Kulturstaat einfach eine Schmach und Schande sind, fesseln die Landarbeiter und die Dienstboten, traurige Verhältnisse herrschen in der an Umfang gewaltigen deutschen Textilindustrie, von andern Industrien gar nicht zu reden. Eine Riesenarbeit ist noch zu leisten, bis genügende und auch allgemein wirksame Sozialpolitik in Deutschland in der Tat getrieben wird.

Als Krätzig geredet hatte, erhob sich Staatssekretär Delbrück zu einer beinahe zweistündigen Rede. Er klagte, daß er sich mit 197 verschiedenen Fragen beschäftigen mußte, als er seine Rede vorbereitete; 20 kamen noch dazu. Wir geben Herrn Delbrück ohne weiteres zu, daß ein Staatssekretär des Innern ein gerüttelt Maß voll Arbeit hat und daß es wesentlich bequemere Staatsämter gibt. Aber schließlich stehen dem Staatssekretär ungefähr eine Kompagnie Geheimräte zur Verfügung, die dem Chef tüchtig helfen müssen, eine große Rede vorzubereiten. Da das industrielle Scharfmachertum dreister denn je das Haupt erhebt und gebieterisch Halt! in der Arbeiterschutzgesetzgebung befiehlt, erklärte Herr Delbrück heute: **Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sozialpolitisch zu einem Abschluß gelangt.** Es gibt also derweil nichts mehr, soweit die Regierung in Frage kommt. Wovon der Zentralverband der Industriellen mit Vergnügen Notiz nehmen wird.

Es sprachen noch der Zentrumsmann Chrysant und der Nationalliberale Böhme, worauf die Vertagung eintrat.

Preußischer Landtag.

Ein Schutzzöllnertag im Dreiklassenhause.

Das Dreiklassenhaus hat die Generaldebatte über den Landwirtschaftsetat zu Ende geführt. Dabei unternahmen am Dienstag der Konservative Hoesch, der sogenannte Nationalliberale Schifferer und der Freikonservative Graf Moltke gemeinsam einen Generalsturm im Sinne des Bundes der Landwirte. Da der Zeitpunkt heranrückt, an dem die Handelsverträge erneuert werden müssen, verstärken sich auch die Klagen über das furchtbare Elend, in dem unsere Großgrundbesitzer zu leben nun schon einmal verurteilt sind! Man will eben gern noch mehr herausschlagen, als das zurzeit nach dem Ende der Caprivischen Verträge und mit Hilfe des durch einen Rechtsbruch im Reichstag durchgesetzten Wucherzolltarifs der Fall war. Der übertriebenen Schutzzöllnerei trat der Fortschrittler Dr. Pachnicke ziemlich entschieden entgegen, aber an positiven Vorschlägen brachte er doch nur den auf Ermäßigung der Futtermittelzölle. Der nächste Redner wäre unser neugewählter Genosse Osofer, bekanntlich selbst Besitzer eines größeren landwirtschaftlichen Gutes, gewesen. Aber nach gewohnter Methode schnitt ihm die Mehrheit das Wort ab, obgleich die Schutzzöllner einer nach dem andern gegen die Rede unseres Genossen Braun polemisiert hatten. Diese Gesellschaft ist auch in ihren Sitten von unübertrefflicher Rücksichtslosigkeit.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Ein Genosse der Junker.

Die preußischen Junker haben sich am 10. Januar im Herrenhause in ihrem alteingefressenen Haß gegen das Deutschland des allgemeinen Wahlrechtes eine kleine Rebellion geleistet. Und dabei ist eins höchst wunderbar. Von der junkerlichen Revolte nehmen alle Danziger Lokalblätter Notiz. Nur eines vergessen alle diese papiernen Helden vollständig: Von der wunderbaren Rolle, die Danzigs Oberbürgermeister Scholtz als der Gefolgsmann der Junker gespielt hat, wissen sie nicht das Geringste! Vielleicht verschweigen sie diese Tatsache aus einem Rest von Scham.

Am 10. Januar 1914 also war es, als die junkerlichen Herrenhäusler gegen Bethmann Hollweg Sturm liefen, weil er als Reichskanzler der Demokratisierung Deutschlands zu viel Vorschub

Kleines Feuilleton.

Entwickelung der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Die traurige Lage der Juden Osteuropas, die infolge staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen allmählich in einen Zustand der Rechtlosigkeit, gesteigerter Proletarisierung, kurz gesagt, auf ein Niveau hoffnungslosen Elends versetzt worden sind, bildet die Ursache von Massenauswanderungen, die aber wiederum sorgsamster Regulierung bedürfen, wenn sie wirklichen Nutzen bringen sollen. Denn die planlose Auswanderung der Juden bewirkte innerhalb der Einwanderungsländer, namentlich England und Amerika, riesenhafte Konzentrationen des ostjüdischen Proletariats, in der weiteren Folge Massenarmut und andere abnorme Verhältnisse, die sich von denen in den verlassenen Heimatländern nur dem Grunde nach unterscheiden dürften. So entstand der Gedanke, die heimatlosen jüdischen Menschenmassen nach dem Orient, insbesondere nach Palästina hinzulenken, und dort die Grundlagen zu schaffen, auf denen sich eine dauernde, großzügige und rentable Ansiedlung weiter entwickeln könnte. Dieser Plan wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten her zu verwirklichen gesucht. An erster Stelle Erwähnung verdient die von Baron Hirsch gegründete Jewish Colonisation Association (Jca), die ihre Tätigkeit in Palästina im Jahre 1898 begann und im folgenden Jahre die unter der Verwaltung des Baron Rotschild stehenden Kolonien übernahm. Die Jca hat die übernommene Aufgabe vorzüglich gelöst und auch in den Städten durch wirtschaftliche Hebung der städtischen Bevölkerung, Selbstständigmachung von Handwerkern, billigen Mehlverkauf usw. eine systematische Tätigkeit ausgeübt. Freilich stehen ihr sehr reiche Geldmittel (zirka 200 Millionen Fr.) zur Verfügung. Unter materiell weniger günstigen Bedingungen arbeitet die im Jahre 1897 von Theodor Herzl gegründete zionistische Organisation. An Stelle der ursprünglichen Haltung, die auf Erlangung eines von der türkischen Regierung zu gewährenden Scharters, eines Kolonisationsprivilegs für Palästina, abzielte, ist man im letzten Jahrzehnte zu praktischer Arbeit in Palästina übergegangen. Die Gründung mehrerer Bankinstitute, zum Beispiel der Anglo Palestine Company in Palästina, hatte den Zweck, die bestehende Kolonisation finanziell zu unterstützen, neuen Ansiedlern Darlehen zu gewähren, überhaupt dem gesamten Ansiedlungswerk die notwendige materielle Grundlage zu verschaffen. Auch die sozialen Probleme suchte man auf Grund der europäischen Erfahrungen einer Lösung näher zu bringen. Bemerkenswert ist die Heranbildung eines tüchtigen Landarbeiterstandes durch Errichtung von Lehrfarmen, Arbeiterheimen und Arbeiterküchen. Der dritte Faktor, der auf die Kolonisation Palästinas bedeutsamen, fast ausschließlich kulturellen, Einfluß ausübt, ist der Hilfsverein der deutschen Juden. Seine Tätigkeit richtet sich neben der Organisierung der Auswanderung auf systematischen Ausbau des jüdischen Schulwesens in Palästina. Was die ländliche Kolonisation selbst betrifft, so gab es im Jahre 1898 25 Kolonien und 1 landwirtschaftliche Schule mit zirka 25 000 Hektar Landbesitz und 4500 Seelen, im Jahre 1912 33 Kolonien und 2 landwirtschaftliche Schulen mit 44 000 Hektar Land und zirka 10 000 Seelen. Der Bodenbesitz beträgt etwa ein Zwölftel bis ein Siebentel der bebauten Gesamtfläche Palästinas; es ist zu einem wesentlichen Teile hochwichtiger Pflanzungsboden, so daß der Anteil der Juden am Wert der Rohproduktion in kurzem einen beträchtlichen Teil derselben ausmachen dürfte. Der Wert der gesamten Ernte der Kolonien betrug im Jahre 1911 ungefähr 2½ Millionen Fr. Nach dem heutigen Stande der Pflanzungen dürfte allein der jährliche Erntewert der Wein-, Orangen- und Mandelpflanzungen bei Vollproduktion auf zirka 6 Millionen Franks jährlich zu veranschlagen sein, wozu noch die Erträgnisse der Feldwirtschaft und Tierzucht zu rechnen sind. Die Rentabilität des Pflanzungsbaues, und zwar der verschiedensten Kulturen, erscheint in Palästina völlig gesichert.

Die Komödie eines Doppelbettes.

In Dänemark macht augenblicklich eine ulkige Geschichte die Runde, deren Schauplatz ein Bauernhof auf der Insel Fünen ist. Es ist im Dänenlande Brauch, daß die Meiereien von Zeit zu Zeit durch staatliche Kontrollstationen inspiziert werden, und diese genießen dann in der Regel das Gastrecht auf dem jeweligen Bauernhofe. Nun geschah es, daß für Fünen ein neuer Kontrollassistent bestellt wurde, und ideser began vor einiger Zeit seine Inspektionsreise. Eines Tages landete er auch in den Abendstunden auf einem Bauernhofe, wurde dort gastlich willkommen geheißen, und als er den Wunsch äußerte, noch am selben Abend einem in der Nähe wohnenden Freunde ein enBesuch abzustatten, zeigte man ihm sein Zimmer, so daß er bei dre Heimkunft in der Nacht die Lagerstatt finden könnte. Gewöhnlich diente der ihm angewiesene Raum als Mädchenzimmer. Diesmal aber waren die Schönen, die sonst darin in Morpheus Armen zu ruhen pflegten, in einem anderen Raum ausquartiert, in dem ein großes prächtiges Doppelbett zu süßem Schlummer einlud. Soweit der erste Akt. — Abends zu später Stunde schon kehrte der Assistent von seinem Besuche heim, tastete sich die Stiege hinauf, um zu seinem Zimmer zu gelangen. Doch — o Schreck! — er verwechselt die beiden Türen, öffnet die Klause der Mädchen, zieht sich, da ihm die Augen schon vor Müdigkeit zufallen, recht schnell aus und kriecht glücklich hinein ins riesengroße Doppelbett, und bald schlummert er dort in beschaulicher Ruhe. Denn zur Erklärung sei es gesagt: die beiden Schönen hatten ihre Ruhestatt noch nicht aufgesucht. Beide waren am Abend noch zu Flirt und Tanz fortgeschlüpft. „Die Mitternacht zog näher schon," als die erste Maid heimkehrte. Sacht, um die Freundin nicht zu wecken, öffnet sie die Tür, zündet auch kein Licht an, sondern entledigt sich flugs der Kleider und — steigt hinein ins Doppelbett, wo die „Freundin" nach ihrer Meinung schon müde von des Tages Last der süßen Ruhe pflegt. Auch sie ruht bald in Morpheus Armen. Eine halbe Stunde ist vergangen. Da kommt die Maid Nr. 2, die eine kurze Frist länger bei dem Bräutigam geweilt, nach Hause. Auch sie schleicht sich so leise wie möglich die Treppe hinauf, öffnet die Tür, tritt auf Zehenspitzen ins Zimmer hinein und zieht geschwind die Kleider aus, um noch recht viel von der schon längst angebrochenen Nacht schlafen zu können. Und so lagen denn in dem riesengroßen Doppelbett drei Personen ahnungslos in Morpheus Armen. — Dritter Akt! Es ist Morgen. Der Besitzer des Bauernhofes will den Kontrollassistenten wecken. Er findet ihn nicht in seinem Zimmer, und ahnungsvoll dämmert es in ihm auf, daß eine fatale Verwechselung stattgefunden haben könne. Und siehe da! Als er die Tür zur Mädchenkammer öffnet, da erblickt er das friedliche Trio. Erst überfliegt sein Gesicht ein verschmitztes Lächeln. Doch bald aber weist er den schlimmen Verdacht weit von sich und erweckt die drei. Das ist ein Erstaunen, ein Geschäme und ein Gerne! Und schließlich stecken alle drei vor Scham die Köpfe unter die Bettdecke. Doch damit war auch wenig ausgerichtet, und erst als der Bauer mit einer riesengroßen Decke herbeieilte und die holden Mägdelein samt ihren sündigen Augen zudeckte, da konnte der Kontrollassistent aufstehen und aus dem jungfräulichen Gemach von dannen eilen.

Nah und Fern.

Die Schlange als Diebeshelferin. Der Hund als Diebeskomplice ist keine Seltenheit mehr, daß sich aber Diebe einer Schlange als Helferin bedienen, dürfte in der Geschichte der Kriminalistik noch nicht verzeichnet sein. In einem vornehmen Münchener Hotel wohnte seit einigen Wochen ein englisches Ehepaar, das Juwelen im Werte von einer halben Million Mark bei sich hatte. Der Engländer erstattete der Polizei Anzeige, daß ein in demselben Hotel wohnender Skandinavier und dessen in einem benachbarten Hotel abgestiegener russischer Freund ihn und seine Frau schon seit mehreren Jahren auf allen Reisen verfolgen und von ihm Juwelen von hohem Werte zu erpressen versucht haben. Die Polizei verhaftete die beiden Erpresser. In dem Badezimmer des Russen fand man eine Schlange, die von Wächtern des Tierparks Hellabrunn eingefangen wurde. Es wurde festgestellt, daß die beiden Erpresser und Juwelendiebe das englische Ehepaar in dem Münchener Hotel bestehlen und hierbei die Schlange als Schreckmittel benutzen wollten, um ungestört den Juwelendiebstahl auszuführen. Die Schlange wurde als Tigerschlange festgestellt, die jedoch so abgemagert war, daß sie kaum hätte gefährlich werden können.

Der Rattensturm. Entsetzen herrschte am 17. Januar unter den Frauen des Newyorker Vororts Flushing. Schreiend flüchteten sie in die Häuser ob des unerwarteten Besuchs, den ein Ratten- und Mäuseheer der Stadt abstattete. Eine riesige Flutwelle hatte die Tiere aus ihren Löchern in der Flushingbucht vertrieben und zu Tausenden ergoß sich der Rattenstrom in die Stadt, wo er sich besonders den Laden eines Kaufmanns als Zufluchtsort ausgesucht hatte. Käuferinnen und Verkäuferinnen flüchteten und auch dem männlichen Personal blieb nichts anderes übrig, als der großen Uebermacht das Feld zu räumen. Auch einem verstärkten Aufgebot gelang es nicht, die Tiere zu verscheuchen und erst die herbeigerufene Feuerwehr war in der Lage, den Platz zu säubern. Immerhin wird man in Flushing noch lange gegen den kleinen Feind zu kämpfen haben.

Folgenschwerer Gerüsteeinsturz. Ein schwerer Gerüsteeinsturz ereignete sich beim Bau des neuen Hochofens auf der Donnersmarckhütte bei Zabrze. Durch Nachgeben der eisernen Klammern stürzte ein Gerüst mit fünf Montagearbeitern, die mit dem Montieren des eisernen Hochofengerüstes beschäftigt waren, aus einer Höhe von etwa 8 Meter ab. Drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, zwei dagegen nur leichtere. Der Unfall soll infolge Ueberlastung des Gerüsts, das auf Klammern in der Luft frei schwebte, entstanden sein.

Familientragödie. In ihrer Wohnung zu Mangendorf bei Solingen hat die Ehefrau des Fabrikarbeiters Thomsen ihren drei Kindern im Alter von vier Monaten, vier und fünf Jahren, den Hals durchschnitten und sich auf die gleiche Weise das Leben zu nehmen versucht. Man fand die Kinder tot auf dem Bett liegend, während die Frau in der Nähe des Hauses tödlich verletzt aufgefunden wurde.

Die Gemeindewählerlisten

liegen nur noch bis Freitag, d. **30. Januar** aus. Genossen, organisiert die Einsichtnahme! Eile tut not.

leiste. Diese erschröckliche Anklage wollten sie durch einen Beschluß bekräftigen, den sogar die Danziger Zeitung ein „junkerliches Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler" nannte. Einige Oberbürgermeister warnten vor dem Beschluß. Aber der konservative Junker von Busch schnarrte sie in seiner höhnischen Verachtung der „Masse" hochnäsig an: „Was die Leute im Lande sagen, sollte uns gleichgültig sein. Wir wollen eine solche Rücksicht den Parlamenten überlassen, die auf Wahlen beruhen." Und dann wurde das Mißtrauensvotum mit 185 gegen 20 Stimmen dem armen Reichskanzler brutal an den Kopf geworfen.

Gegen diesen anmaßenden Antrag, der die völlige politische Versklavung aller Nichtblaublütigen wollte, stimmten fast alle Oberbürgermeister, die im Herrenhause sitzen. Mit den Junkern stimmte **trotzdem** der königlich-preußische Professor Krohne aus Danzig-Langfuhr und der Oberbürgermeister Scholtz aus Danzig!

Selbst der frühere Staatssekretär Dernburg protestierte gegen die junkerliche Anmaßung, ebenso der Graf Häseler. Ungerührt davon blieb der liberale Scholtz und stimmte unentwegt für die noch stärkere Drangsalierung der bürgerlichen Kanaille.

Nun sitzt Scholtz aber nicht etwa nur als Person im Herrenhause. Er vertritt dort einfach die Stadt Danzig! Es ist darum seine Pflicht, dort der Anschauung Ausdruck zu geben, die von der Mehrheit der Bürger gehegt wird. Das ist nicht etwa eine Gnade von ihm, sondern das ist einfach seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Wir wollen an dieser Stelle die Ansicht der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft außer Spiel lassen. Aber wir können nicht umhin, daran zu erinnern, daß das Danziger Bürgertum liberal sein will. Es ist daher eine unerhörte Provokation des Bürgertums, der sich Scholtz durch seine Abstimmung schuldig gemacht hat.

Aber weiter: Scholtz ist zweifellos von der Mehrheit liberalen Stadtverordneten zum Oberbürgermeister gewählt. Und wie wir unsere Münsterberg und Dr. Herrmann kennen, haben diese „unpolitischen" Neutralen die Katze nicht im Sack gekauft. Es wird wohl zutreffend sein, **daß Oberbürgermeister Scholtz zum Zwecke seiner Wahl versichert hat, daß er liberal sei und so wirken werde.** Jedenfalls befindet sich Scholtz in Widerspruch mit der Mehrheit der städtischen Körperschaften. Und darauf gibt es nur eine Antwort: Niederlegung des Amtes.

Diese Forderung müßten Danzigs liberale Bürger wie ein Mann erheben, wenn ihnen das Wort liberal noch mehr als Schall und Rauch ist. Die freisinnige Presse schweigt aber die reaktionäre Tat des Oberbürgermeisters in ihrer Charakterlosigkeit feige tot. Und wir werden sehr lange darauf warten können, bis sich aus bürgerlichen Kreisen auch nur ein leiser Hauch des Protestes zeigt.

Im Ratskeller ist es — so wird uns von einem Freund unserer Sache im bürgerlichen Lager mitgeteilt — anläßlich eines zwanglosen Beisammenseins der Danziger Stadtverordneten zu einer Aussprache zwischen Münsterberg und Scholtz über dessen Abstimmung gekommen. Münsterberg fragte den Oberbürgermeister, wie um alles in der Welt er als Oberhaupt einer Stadt, die im Reichstage wie im Landtage liberal vertreten sei, so habe stimmen können. Oberbürgermeister Scholtz erwiderte, diese Abstimmung sei **die schwerste Entscheidung gewesen, die er bisher in seinem Leben habe treffen müssen.** Woraus also hervorgehen würde, daß der Herr und Gebieter von Danzig keinen Tropfen liberalen Blutes in den Adern hat. Andernfalls hätte er sich bei der Abstimmung nicht eine Minute im Zweifel befunden, daß er mit den Junkern nicht stimmen durfte.

Die zwangsweise Teilung der Handwerkskammer

beschäftigt die Handwerksmeister noch immer sehr lebhaft in Danzig und auch in anderen Orten. Vor allem kann man sich die veränderte Haltung der Regierung nicht erklären. Zuerst sollte sie, nach den von dem abgetakelten zentrumlichen Scharfmacher Herzog inspirierten Neuesten Nachrichten, gegen die Teilung gewesen sein, weil sie in der besonderen Kammer für den Regierungsbezirk Marienwerder mit dem Sitz in Graudenz polnisch-politische Einflüsse befürchtet haben sollte. Schließlich hat sie dann aber die Kammer selbst gegen den Beschluß der Herzoglichen Getreuen geteilt. Die Lösung dieses Rätsels muß tiefer liegen. Vielleicht ist es gut, wenn wir das Dunkel ein wenig erhellen, da die Herzogschen Neuesten Nachrichten es ja doch kaum tun werden.

Es begab sich also, daß der allerchristlichste katholische Kirchenrat und Inhaber sehr vieler weltlicher Würden, Herzog, vor der letzten Vollversammlung der Handwerkskammer eine besondere Vorversammlung zusammentrommeln ließ. Man weiß in kummervoller Bedrängnis eben nicht immer, ob der rechte Geist auch immer da ist, wenn er gebraucht wird und so wurde amtlich diese geheime Sitzung von Herzog angeordnet. Daß mit des Geschickes Mächten kein ewiger Bund zu flechten, Der böse Zufall fügte es also, daß zu dieser Sitzung auch der Regierungsvertreter Dr. [illegible] erschien. Erstaunt wünschte er von dem allerfrömmsten Kirchenrat Herzog zu hören, wer diese Vorversammlung einberufen hatte. Unser schwarzer Freund [illegible], wohl im Vertrauen auf die von ihm nicht gerade mit zarter Hand regierte Untertänigkeit des Personals, glatt ab, daß diese Konferenz sein Werk sei! Nach einigen Tagen vernahm aber Dr. [illegible] die Beamten der Handwerkskammer auf ihre Dienstverpflichtung über die Geheimkonferenz. Und nun war der Mann gerettet. Jetzt wurde unwiderleglich festgestellt, daß Herzog die Sitzung endlich eingeladen und sonach dem Regierungsvertreter **wider besseres Wissen das Gegenteil der Wahrheit aufgebunden hatte!** Das war der Regierung denn doch zu starker Tabak. Sie teilte den Kammerbezirk, um dadurch etwa Herzog die Gelegenheit zu geben, freiwillig zu verschwinden, oder aber, wenn er das nicht vorzog, ihn hinaus — wählen zu lassen.

Herzog hat stets das Angenehme mit dem Nützlichen zu vereinen gewußt. So befinden sich nicht nur die Bureaus der Sektion 4 der Norddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, sondern auch die der Handwerkskammer in seinem eigenen Haus, auf Poggenpfuhl. Allerdings kann man bei diesen Bureaus von Hause nicht mehr gut sprechen. Sie befinden sich in früheren Remisen und Ställen, die kein Mensch ihm sonst abgemietet würde. Der Hof, über den man dazu kommt, ist eine sehenswerte Hügellandschaft. Wir verstehen nicht, wie die Aufsichtsbehörde die Vermietung der schwarzen Mietsräume für diese auch für die Beamten gesundheitsschädlichen Löcher zulassen kann.

Andererseits entwickelt Herzog wieder einen erstaunlichen Arbeitseifer. Als ehrenamtlicher Vorsitzender der Sektion 4 der Norddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft darf er täglich für sechs Stunden sein anständiges Honorar liquidieren. Und der Tag soll noch kommen, an dem er diese 6 Stunden nicht voll berechnet hat! Selbst seine riesige Zentrumsfrömmigkeit hindert ihn nicht an dauernder Sonntagsschändung! Für jeden Sonntag hat er immer noch seine kostbaren zwei Stunden Honorar berechnet. Ueberhaupt die Liquidationen. Unsere Andeutung über diesen heiklen Punkt in unserem letzten Artikel hat uns viele Zuschriften gebracht, nur keine, auf die wir doch so sehnlichst warteten, von — Herzog. Wenn jemand eine Reise tut, so kann er liquidieren. Das ist bekannt, jedoch nicht immer, wie es geschieht. Man kann zum Beispiel von Danzig über Stettin nach Frankfurt am Main und nach Breslau fahren. Man ist dann eben noch lange nicht von Danzig bis Stettin und dann wieder von Stettin nach Danzig usw. gefahren. **Wenn aber Herzogs Reiseliquidationen über seltsame Touren sprechen könnten, oder sollen wir etwa noch mehr erzählen?** Wir stehen mit unserem Wissen sehr gerne zur Verfügung! **Wir erwarten nun aber, daß schleunigst eine gründliche Nachprüfung seiner Reiseliquidationen in allen seinen Aemtern stattfindet!** Es ist doch objektiv kaum zu rechtfertigen, daß man für eine Institution eine Reise vielleicht nach Berlin macht, und weil man auf der gleichen Tour eine kurze Besorgung für die Berufsgenossenschaft in Konitz erledigte, für diese eine besondere Liquidation so berechnet, als ob man extra nach dort hin und zurück gefahren wäre.

Am Montag tritt der Vorstand der Handwerkskammer zusammen, um die Teilung zu regeln. Hoffentlich nimmt auch der Gesellenausschuß an der Sitzung teil und hoffentlich nimmt man dann auch gründlich Gelegenheit, etwas tiefer in die Dinge hinein zu sehen, die wir heute nur erst angedeutet haben.

Fiskalische Seejagden? Der letzte schöne, sonnenklare Sonntag hatte viele Naturfreunde an den Strand geführt, um die Zerstörungen der letzten Sturmflut und den winterlichen Eisschmuck des Meeres zu besichtigen. Bald nach Mittag kam in der Richtung von Gdingen ein weißer Dampfer mit der Regierungsflagge bis in die Nähe des Bröseuer Seesteges. Einwohner des Ortes und kundige Seebeflissene wollten genau wissen, daß es nur einen Regierungsdampfer in weißer Farbe, Geheimrat Mau, gibt. Das Schiff fiel natürlich allgemein auf. Es setzte jedoch nicht seine Fahrt in den Hafen fort. Vielmehr kreuzte es und fuhr hin und zurück, offenbar einigen Entenschwärmen folgend. Der Zickzackkurs führte sogar nach der anderen Seite über den Leuchtturm hinaus! Und tatsächlich konnte man vom Lande aus auch genau mindestens zwei Schüsse hören! Im zentrumsfrommen Brösen wurde dieses sonntägliche Jagdvergnügen recht mißliebig vermerkt.

Wir möchten meinen, daß eine solche Jagd mit einem zum öffentlichen Dienst bestimmten Fahrzeuge auch ein sehr teures Vergnügen für die Steuerzahler ist. Die Betriebskosten eines solchen Schiffes sind ja nicht so leicht zu berechnen; sie sind aber keineswegs niedrig. Unter fünf Zentner Kohlen werden in der Stunde keineswegs verbraucht. Dazu kommen andere Betriebsmaterialien, ferner die Löhne der Mannschaft. Ihre Sonntagsruhe spielt doch auch eine, und nicht die letzte, Rolle. Es wäre also höchst wertvoll, zu wissen, welchen dienstlichen Zweck diese auffällige Kreuzfahrt gehabt hat?

Die Heringe sind teurer geworden. Da in Rußland die Fleischpreise gestiegen sind — in Deutschland sind sie ja schon seit Jahren sehr hoch — so hat der Verbrauch an Heringen bedeutend zugenommen, und das hat neben den geringen Fangergebnissen der letzten Zeit ein Steigen der Heringspreise verursacht. Danzig und Königsberg gehören zu den wichtigsten Plätzen im deutschen Heringshandel. In Danzig kostete im Jahre 1909 die Marke Crown und Full 31 Mark pro Tonne. Man zahlte im November vorigen Jahres **50 Mark** für die Tonne. In Königsberg ist seit 1910 der Preis für Matjulls um 9 bis 10, für Matties um 7 bis 8 Mark für die Tonne gestiegen. Bekanntlich ruht auf den Heringen eine **indirekte Reichssteuer, die das Stück mit etwa einem Pfennig belastet.** Die Heringe würden also billiger sein, wenn diese Steuer nicht bestände. Doch in Deutschland sind nun einmal die allernotwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel mit Steuern und Zöllen belastet, und die Einnahmen dienen zur Fütterung des Molochs Militarismus, der zum Dank dafür die Säbelherrschaft proklamiert.

Eine amtliche Bescheinigung seines Schwindels wird dem Westpreußischen Volksblatt durch den Stadtrat Dumont zuteil. Die schwarze Zeitung hatte bekanntlich dem Genossen Bartel den Vorwurf der Lüge gemacht, weil dieser behauptet haben sollte, für den Fabrikbesitzer Karkutsch wären bei der Wahl des Vorsitzenden 8 Stimmen abgegeben worden. Wir wandten uns an den Vorstand der Krankenkasse mit der Bitte um Auskunft. Hier die Antwort:

Urschriftlich zurück.

Auszugsweise des Protokolls der Sitzung vom 22. Dezember 1913 sind bei der Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes am 22. Dezember 1913 die Stimmen wie folgt abgegeben worden: Arbeitgeber: [illegible] Stimmen für Herrn Fabrikbesitzer [illegible]: 8 Stimmen für Herrn Karkutsch.

Danzig, den [illegible] Januar 1914.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

[illegible]

der gemäß Paragraph [illegible] bestellte Vertreter.

Weitere Bemerkungen sparen wir uns einstweilen. —

Die Freie Turnerschaft Danzig hielt am Sonntag Nachmittag im [illegible] die halbjährliche Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren fast vollzählig erschienen. Der Jahresbericht betr. Mitgliederzu- und abgang war nicht gerade günstig. Naturgemäß mußte auch der Turnbetrieb darunter leiden. Die Mitgliederschwankung war infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit außergewöhnlich stark. Die Neutralitätserklärung des Arbeiter-Turnerbundes hat die Freie Turnerschaft Danzig weniger scharf getroffen; ihr ist bekanntlich schon früher attestiert, daß Klimmzüge, Barren-, Reck- usw.-Turnen, **wenn es in Arbeiterturnvereinen geschieht,** politisch sind. Die in der Berichtszeit gegründete Frauenabteilung hat sich sehr gut in der kurzen Zeit entwickelt. Der Turnbetrieb dieser Abteilung ist sehr rege und kann der fast vollzählige und regelmäßige Besuch der Turnstunden als mustergültig bezeichnet werden. Die Altersriege bedarf unbedingt des Mitgliederzuwachses, um nutzbringend den Betrieb aufzunehmen. Die älteren Arbeiter wissen zu wenig den Wert körperlicher systematischer Uebungen zu schätzen, da sie fast alle von falschen Voraussetzungen ausgehen. Der Kassenbestand ist sehr günstig und der Kassierer konnte mit berechtigtem Stolz berichten, daß die Freie Turnerschaft Danzig trotz des großen Gerätebestandes, den sehr selten ein bürgerlicher Verein aufweisen kann, vollständig schuldenfrei dasteht und auch einen ansehnlichen Kassenbestand hat. Die bürgerlichen Vereine werden von unseren Steuergroschen mit unterhalten, uns verweigert man die Turn- und Spielplätze widerrechtlich. Für den stellvertretenden Vorsitzenden, der Danzig verlassen muß, sowie für den Schriftführer wurde Ersatz gewählt. An der vom Jugend-Ausschuß Danzig projektierten zweitägigen Pfingsttour, verbunden mit Spielfest, wollen einzelne Mitglieder mitmachen. An die Generalversammlung schloß sich ein gemütliches Beisammensein, wobei echter Humor, turnerische Lebenslust, im Vordergrund standen. Auch manch Tänzchen wurde riskiert.

Am Sonntag, den 25. Januar treffen sich die Mitglieder zum Schlittschuhlauf nach Krampitz. Treffpunkt pünktlich 2 Uhr nachmittags am Legetor (Mädchenschule). Voraussetzung ist, daß die Eisbahn im Betrieb ist.

Arbeiterinnen und Arbeiter, hinaus aus den bürgerlichen Vereinen, protestiert durch Beitritt in die Arbeiter-Turnvereine gegen das Unrecht, welches man diesen zufügt.

*

Für jugendliche männliche Turner und Sportler unter 18 Jahren dürfte ein Abonnement auf Jugend und Sport, vierteljährlich 45 Pfennig, sehr zu empfehlen sein, besonders auch deshalb, weil damit eine Unfallversicherung verbunden ist; für weibliche Jugendliche ein Abonnement auf Die Freie Turnerin, vierteljährlich 30 Pfennig. Die Abonnenten dieser beiden Zeitungen sollen, wie wir hören, sich auch mit der **praktischen Ausübung der Körperpflege** beschäftigen. Da sie ja in den Arbeiter-Turnvereinen nicht turnen dürfen, wollen die Abonnenten bei genügender Beteiligung eigene Turnstunden einzurichten suchen. Der Anfang soll schon gemacht sein. Abonnements auf Jugend und Sport sowie Die Freie Turnerin nimmt entgegen Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Russisches Schweinefleisch ist nun doch noch durch den Magistrat eingeführt worden. Unsere Mahnung hat also wieder einmal geholfen. Die freisinnige Sozialpolitik hätte bei der Stadtverordnetenwahl auch gar zu kläglich bestanden, wenn nachgewiesen werden konnte, daß man die ministerielle Erlaubnis zur Einfuhr des Fleisches besaß und sie trotzdem ablehnte. Man hat sich also schließlich doch nur und sehr widerwillig bloßen Nützlichkeitserwägungen gefügt, um den bösen Sozis und ihrer Volkswacht keinen Agitationsstoff zu geben. Soziales Pflichtgefühl existiert im Danziger Dreiklassenhause eben nur, wenn es sich um die Hypothekennöte der Hausagrarier und ähnlich schwer Notleidender handelt. Natürlich wird es schon wieder die bekannten hieb- und stichfesten „Gründe" geben, wenn der junkerliche Untertan Scholtz die Fleischeinfuhr in nächster Zeit wieder „nicht ermöglichen" kann.

Die neue Fleischsendung wurde am Mittwoch und Donnerstag auf dem Schlachthof und in der Markthalle verkauft.

Bezirksversammlungen der politischen Organisation für die Stadt Danzig sollten am Dienstag für alle Bezirke stattfinden. In Neufahrwasser mußte die Versammlung wegen schlechten Besuchs ausfallen. In den anderen Bezirken war der Besuch einigermaßen zufriedenstellend. Alle Versammlungen erledigten Vereinsangelegenheiten und nahmen Referate über die politische Lage entgegen. Aus Gründen des Raummangels ist leider eine Wiedergabe der letzteren unmöglich.

Wie man verunglücken kann. Der Portier Schimanski stopfte sich in seiner Wohnung eine Pfeife. Dabei warf er das brennende Streichholz fort. Auf dem Tische stand eine Spiritusflasche mit einem Trichter. Das Streichholz fiel in die Flasche. Diese explodierte und Schimanskis Kleider begannen zu brennen. Schwer verletzt wurde der Verunglückte in das Städtische Krankenhaus geschafft.

Elbing-Marienburg.

Schwarze Listen bei Schichau.

Noch ist die Welt ob des Ziesebriefes an den Professor Bernhard verblüfft und schon veröffentlicht der Vorwärts ein neues Dokument, das Zeugnis gibt von der Brutalität der ostdeutschen Industriellen. Die Veröffentlichung des Vorwärts behandelt eine Sitzung der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens, die am 7. Februar 1912 im Bureaugebäude der Firma Schichau in Elbing stattfand. Das Protokoll liefert den Beweis, daß die Firma Schichau schwarze Listen führt. Firmen aus Danzig, Königsberg, Thorn und Elbing sind in schwerer Weise bloßgestellt.

Der Kerl spricht wie im Kuhstall!

Nachdem Ziese seines Herzens Dichten und Trachten in so unvergleichlicher Weise offenbart hat, glaubt sein Konkurrent Oldenburg, nicht hinter ihm zurückstehen zu dürfen. In Thorn hielten die westpreußischen Agrarier eine Versammlung ab. Und da schleuderte der Schloßherr von Januschau seines ungehobelten Rede Bolzen in das Gewimmel der arbeitenden Plebejer. Folgendermaßen sprach Elard, der Natur- und Gemütsmensch:

Er habe immer jeden Morgen Gott gedankt, daß er aus den Parlamenten heraus sei. Als er aber in den Zeitungen die Zabern-

…äre gelesen, habe er förmlich danach „gepuppert", wieder im Reichstage zu sein, und er habe sich gesagt: „Schade, daß du da nicht sagen konntest, was du auf dem Herzen hast." Es sei dies ja zwar von konservativer Seite geschehen, aber nicht mit der Rücksichtslosigkeit, die in diesem Falle nötig war. Seine Gegner seien eben nicht mit Sammethandschuhen anzufassen. Was der Reichskanzler gesagt hat, das verstehen die Gegner nicht. Der Reichskanzler sei eben nicht Abgeordneter gewesen und das fehle ihm heute. Der Standpunkt des Königs und des Militärs müsse viel mehr zum Ausdruck gebracht werden. Er sei neun Jahre Leutnant gewesen und **habe es immer gewußt, daß das Militär vorgehen dürfe, wenn es von „Bengels" mit „Dreck" beworfen wird. Wenn nun die Elsässer das Militär mit Dreck bewerfen, dann verdienten sie, daß ihnen die Hosen stramm gezogen würden.** Er sei überzeugt, daß so etwas nicht passiert wäre, wenn in Elsaß-Lothringen preußische Landräte und ein preußischer Regierungspräsident an der Spitze der Zivilbehörden gestanden hätte. Es bleibe feststehend, **daß Trommel und Krückstock die großen Kulturträger Preußens gewesen seien.** Wir müssen heute verlangen, daß in Elsaß-Lothringen Ordnung gehalten wird nach preußischem System und daß das Militär geschützt wird gegen jede Beleidigung. Der Reichskanzler habe eine Revision der Bestimmungen über die Befugnisse des Militärs zugesagt. Wir wollen hoffen, daß diese Revision nicht zu einer Abschwächung der militärischen Kompetenzen führen wird. Das Mißtrauensvotum des Reichstages gegen den Reichskanzler halte er für einen Witz. — Bezüglich der preußischen Wahlreform fürchtet Redner, daß die Regierung damit schon im nächsten Jahre kommen könne, und er halte es für einen taktischen Fehler seines Freundes Heydebrandt, daß er in seiner letzten Landtagsrede gesagt habe, das jetzige Wahlrecht sei zwar wohl an einzelnen Punkten abänderungsbedürftig, aber es habe ja noch Zeit damit. Diese sogenannten kleinen Zugeständnisse können leicht von den Gegnern ausgenutzt werden. — Redner sprach sich sehr entschieden gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer aus. Es tue ihm heute leid, daß er 1909 für die Erbschaftssteuer für lachende Erben zugestimmt habe; damals hätte er eben vor ministeriellen Erklärungen noch mehr Respekt gehabt als heute. — Bezüglich seiner Reden im Reichstage erzählte Herr von Oldenburg, daß seine Freunde **immer eine wahre Todesangst ausgestanden hätten, wenn er die Rednertribüne betrat.** Bei einer dieser Reden hätten dicht vor ihm zwei liberale Abgeordnete gestanden, und es habe ihm Spaß bereitet, als er hörte, wie der eine zum andern sagte: **„Der Kerl spricht wie im Kuhstall!"** (Große Heiterkeit.) Redner schloß: Die politische Situation würde jeden Patrioten mit Besorgnis erfüllen, wenn wir nicht das Bewußtsein hätten, daß die Großtaten der preußischen Könige im Volke so gewaltige Spuren hinterlassen haben, daß das preußische Volk mit Patriotismus durchtränkt erscheint. Diese monarchische Gesinnung, sie lebt und wird nicht schwinden!

Ueberflüssig zu sagen ist es, daß diese Rede mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. — Oldenburg und Ziese, zwei verschiedene Namen für die gleichen Begriffe: Volksfeinde schlimmster Art.

Danzig-Land.

Das Feuer in Espenkrug, bei dem der Schmiedemeister Nagel verbrannte, soll durch Brandstiftung entstanden sein. Als mutmaßlicher Täter wurde der Arbeiter Behnke verhaftet.

Streut Asche! Beim Wasserholen glitt in **Emaus** die sechzig Jahre alte Frau Neufeld aus und brach die rechte Hand.

Stuhm-Marienwerder.

Das Gefängnis als Diebesherberge. „Das ist nichts neues" wird mancher sagen. Aber das Geschichtchen, das hier erzählt werden soll, ist doch ziemlich ungewöhnlich. Die Diebe traten nämlich vom Gefängnis aus ihre Beutezüge an und was ihnen in die Finger fiel, schleppten sie in das Gefängnis. In **Mewe** hat sich diese Tragikomödie abgespielt. Der Arbeiter Manetzki verbüßte dort eine Strafe wegen Diebstahls und war seiner guten Führung wegen Kalfaktor geworden. Die größere Bewegungsfreiheit benutzte er, mit den Untersuchungsgefangenen Smugalla und Czyzewski in Verkehr zu treten. Die Drei brachen nun wiederholt nachts aus dem Gefängnis aus und plünderten in der Stadt Läden. Außer Geld stahlen sie Zigaretten, Wein und Würste, auch ein Tesching mit Munition. Die Beute wurde auf dem Boden des Gefängnisses versteckt. Schließlich wurden sie erwischt. Unter Einrechnung vorher gegen sie erkannter Strafen wurden Smugalla zu 3 Jahren Gefängnis, Czyzewski zu 2 Jahren Gefängnis und Manetzki zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rosenberg-Löbau.

Die Reichstagsersatzwahl in unserem Kreise hat programmgemäß mit dem Siege des Landrats geendet. Herr von Brünneck erhielt 11 334, sein polnischer Gegenkandidat Raczkowski 8146 Stimmen. Außerdem wurden 26 Zentrumsstimmen abgegeben. Unsere Genossen waren zu Hause geblieben.

Graudenz-Strasburg.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung tagte in **Goßlershausen.** Genossin Leu behandelte das Thema: „Was bedürfen die Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage?" Die Versammlung protestierte gegen die geplante Verschlechterung des Koalitionsrechts.

In **Strasburg** fand eine von Frauen und Männern sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Genossin Käthe Leu rief durch ihren Vortrag die Anwesenden zum Protest gegen die Beschränkung des Koalitionsrechtes auf. Heute zeige es sich, daß wir neben den gewerkschaftlichen starke politische Organisationen brauchen. Dessen sollten die Arbeiter eingedenk sein und politische Arbeit leisten.

Für die Ermittelung der Täter, die den Zollaufseher Kollwitz erschossen haben, ist die Belohnung von 1000 auf 2000 Mk. erhöht worden.

Ein Rodelschlitten wurde in **Graudenz** von einem Wagen überfahren. Der Rodler erlitt dabei schwere Verletzungen.

Thorn-Kulm-Briesen.

Die Strafkammer in Thorn verhandelte gegen den Kaufmann Brien, Geschäftsführer und Mitbesitzer der Genossenschaftsmühle in **Briesen** wegen Betruges. Der Angeklagte soll der in der Mühle erzeugten Kleie Reisspitzenmehl in einer Höhe von 25—60 Prozent beigemischt haben. Er schob die Schuld auf seinen inzwischen verstorbenen Bruder und will von den Fälschungen keine Kenntnis gehabt haben. Aus den Büchern stellte das Gericht fest, daß die Mühle in den letzten zwei Jahren 3000 Zentner Reisspitzenmehl bezogen hätte. Bei dieser Menge mußte der Angeklagte um den Betrug wissen. Der Staatsanwalt beantragte 500 Mark Strafe. Das Gericht verhängte gegen Brien 1000 Mark.

Erste wichtige Mitteilung an die Hausfrau!

Von **Freitag** ab bringen wir Riesenmassen echt Porzellan- und Steingut-Waren beispiellos billig zum Verkauf. Nur sofortiger Einkauf sichert Ihnen diese großartigen Vorteile!

Massenverkauf von echt Porzellan

Teller, tief und flach . . . . . Stück 12 ₰
Dessertteller . . . . Stück 9 ₰
Kompotteller . . . . Stück 7 ₰
Salatieren gerippt 22 — $23\frac{1}{2}$ — 26 cm, Stück 42 — 48 — 75 ₰
Saucieren verschied. Formen . Stück 48 ₰
Bratenplatten . . . . Stück 38 ₰
Suppenterrinen . . . . . Stück 1.45 ℳ
Kaffeekannen groß . . . . . Stück 38 ₰

Kaffeekannen für 6 Tassen . Stück 25 ₰
Milchtöpfe . . . . Stück 9, 18 ₰
Butterdosen mit Teller . . . Stück 48 ₰
Obertassen weiß, groß . . . Stück 12 ₰
Untertassen weiß . . . . . . Stück 3 ₰
Milchtöpfe mit Schrift $\frac{1}{4}$ — $\frac{3}{8}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ — 1 Lit., Stück 25 — 35 — 40 — 48 — 62 ₰
Barttassen mit Untertassen . . . . 15 ₰
Kaffeekannen m. mod. Dekor., groß 85 ₰

Milchgiesser dekoriert . . . . 25, 35 ₰
Tassen dekoriert, mit Untertasse . . 18 ₰
Tassen mit Goldrand u. Untertasse . 25 ₰
Kuchenteller mit Schrift, 25 cm . . 29 ₰
Kuchenteller dekoriert, 19 cm . . . 10 ₰
Satz (6 Stck.) **Milchtöpfe** mit mod. Dekor. . . . . 95 ₰
Kompottieren dekor. Stück 15, 38, 48 ₰
Milchtöpfe, $\frac{3}{4}$ Liter, extra stark . . 45 ₰

Waschbecken, extra groß, mit modernen Dekorationen, Steingut 95 ₰

Wasserkannen, extra groß, mit modernen Dekorationen, Steingut 95 ₰

Nudelrollen, dekoriert, Steingut 22 ₰

Stahlwaren

und Löffel stellen wir besonders billig zum Verkauf

Esslöffel vernickelt . . . . 6 Stück 95 ₰
Esslöffel Alpaka . . . . . 3 Stück 95 ₰
Teelöffel Alpaka . . . . . 6 Stück 95 ₰
Solinger Bestecke Holzheft mit durchgehender Klinge . . . . Paar 33 ₰
Küchenmesser . . . . 5 ₰
Brotmesser m. durchgehend. Klinge 33 ₰
Kindertaschenmesser m. 2 Kling. 28 ₰

Massenverkauf von Wirtschaftswaren

Kleiderbügel . . . Stück 2 ₰
Fleischhammer . Stück 14 ₰
Messerputzbrett Stück 22 ₰
Ahorn-Rollhölzer Stück 39 ₰
Handtuchhalter mit Delfteinlage . . Stück 39 ₰
Toilettepapierhalter, 1 Rolle Papier . . . . zus. 35 ₰

Löffelbrett f. 9 Löffel, Stck. 39 ₰
1 Wichsbürste, 1 Schmutzbürste mit Wandbrett . . zusamm. 58 ₰
1 Kleiderbürste mit Wandbrett . . . . 58 ₰
1 Quirlgarnitur besteh. aus 1 Fleischhammer, 5 Löffeln, 4 Quirlen . 68 ₰

Eierschrank für 24 Eier 78 ₰
Weissblech-Durchschläge 32 ₰
Weissblech-Siebe . . 33 ₰
Reiben groß . . . . . . 18 ₰
Springformen 26 cm . . 42 ₰
Tischlampen mit dekor. Bassin und dekor. Schirm . . . . 1.95 ℳ

Küchenlampen 8''' . . 55 ₰
Tischlampen 14''' mit dekoriertem Bassin, dekoriert. Schirm und Messingfuß . . . . . 3.75 ℳ
Marktkörbe mit und ohne Deckel . . 95 ₰
Brotkörbe rein Aluminium 48 ₰
Konsole m. $\frac{1}{2}$ Literm., Alum. 75 ₰

Ein Posten **Echte Kristallwaren** . . . . bis 50 % unter Preis

Ein Posten **Seidene Lampenschirme** . . . . . bis 50 % unter Preis

Emaillewaren

Kasserollen 14 cm konisch . . . . 39 ₰
Kasserollen 16 cm flach . . . . . 39 ₰
Schmortöpfe 16 cm . . . . 39 ₰
Maschinentöpfe 13, 14 cm . . . . 39 ₰
Konsole mit $\frac{1}{2}$ Liter-Maß . . . . . 39 ₰
Nachtgeschirre . . . . 39 ₰

Glaswaren

Glasteller . . . . 5 ₰
Grogstäbe Dutzend . . . 45 ₰
Kinderflaschen . . . . 5 ₰
Teebecher guillochiert . . 12 ₰
6 Bierbecher m. Goldr., **1 Tablett** . . . . . . 68 ₰

Fabelhaft billiger Verkauf von

Galvanit verkupfert mit echtem Kupfer — Galvanit versilbert mit echtem Silber — Galvanit vernickelt mit echtem Nickel — Galvanit bronziert mit echter Bronze

Jedermann vernickelt, verkupfert usw. im eigenen Heim. [595

Dose jetzt nur 35 ₰

Gebr. Freymann
G.m.b.H. • Danzig • Kohlenmarkt 27-29.

Ca. **400** Stück feinste **Kokos-Toilette-Seife** 3 Stück **22** ₰

Winke für die Landgemeindewahlen.

III.

7. Stimmrecht der Forensen. Neben denen, die in der Gemeinde Wohnsitz haben, werden auch solche Personen zum Wählen zugelassen, die außerhalb des Gemeindebezirks wohnen — sogenannte Forensen — aber innerhalb desselben seit mindestens einem Jahre ein Grundstück besitzen, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zur Bewirtschaftung erfordernden Ackernahrung hat, oder auf welchem sich ein Wohnhaus, eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, die dem Werte einer solchen Ackernahrung gleichkommt. Allerdings setzt die Gewährung des Stimmrechts voraus, daß die Bestimmungen, die im ersten Artikel unter 2 von a bis d aufgeführt sind, Erfüllung gefunden haben. Es ist nicht nötig, daß im ganzen Jahre das Grundstück ein und dasselbe geblieben ist; dem Gesetz wird entsprochen, wenn der betreffende Forense ein Jahr lang ununterbrochen Grundstücke besaß, mag er sie auch noch so oft gewechselt haben. Im Gegensatz zu Paragraph 41 L.-G.-O., der bei mehreren Eigentümern eines Wohnhauses nur einem Besitzer das Wahlrecht gestattet, scheint man hier dem geldfesten agrarischen und industriellen Element besondere Vorrechte erhalten zu haben. Denn nach Schön im P.-V.-Bl. 26 S. 395 haben, sobald ein Grundstück mehrere Besitzer hat, alle Miteigentümer das Stimmrecht, wenn jeder Anteil schon für sich allein „entweder mit Rücksicht auf seine Größe den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zur Bewirtschaftung erfordernden Ackernahrung hat, oder, wenn es sich um ein Wohnhaus, eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage handelt, die dem Werte einer solchen Ackernahrung mindestens gleichkommt." Verschiedentlich ist die Meinung vorhanden, daß auf den oben erwähnten Grundstücken Zugvieh gehalten werden müsse. Das ist unzutreffend, denn das O.-V.-G. hat entschieden: „Daß auf dem Grundstücke tatsächlich Zugvieh gehalten wird, ist nicht notwendig. Entscheidend ist vielmehr, ob die Haltung von Zugvieh nach landwirtschaftlichen Grundsätzen zur ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des Grundstücks dauernd . . . . erforderlich ist." Wenn also der Komplex eines Grundstückes so groß ist, daß die Bewirtschaftung — nach „landwirtschaftlichen Grundsätzen" — ordnungsmäßig nur durch ein Pferd, oder eine Kuh oder mehrere Zugtiere möglich ist, Zugvieh aber nicht gehalten und demnach die Bewirtschaftung nicht ordnungsmäßig geschieht, so ist das noch kein Grund, dem Grundstücksinhaber das Wahlrecht streitig zu machen. Außerdem steht nach Paragraph 45, Absatz 2 L.-G.-O. das Stimmrecht zu: Juristischen Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften, sofern sie Grundstücke von oben bezeichnetem Umfang in dem Gemeindebezirke besitzen. Schließlich können Frauen und nicht selbständige Personen, wenn der ihnen im Gemeindebezirke gehörende Grundbesitz zum Stimmrecht befähigt, stimmberechtigt sein.

8. Die Wählerlisten. Jeder Wähler geht seines Wahlrechts verlustig, wenn er in die Wählerliste nicht eingetragen worden ist. Es gibt heute nur noch sehr wenig Leute, die nicht wissen, wie mangelhaft die Gemeindewählerlisten geführt werden und deshalb sollte jeder die Pflicht empfinden, Einsicht in die Liste zu nehmen und sich vergewissern, ob ihm sein Wahlrecht gesichert ist oder nicht. Nach Paragraph 56 L.-G.-O. erfolgt die Auslegung der Liste vom 15. bis 30 Januar, in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raume. Es ist nicht erforderlich, daß sich die Ortsbehörden an diesen Termin halten müßten, der Wert soll gelegt werden auf die Auslegungsfrist, die auf alle Fälle 15 Tage betragen muß. Die Bekanntmachung ist in den einzelnen Orten sehr verschieden. Sie soll geschehen in der durch Ortsstatut vorgeschriebenen oder ortsüblichen Form. Da diese Form entweder im Ausrufen oder durch Aushängen in einem Gemeindekasten oder durch Anschlag an den Dorfbrunnen besteht, empfiehlt es sich, in der zweiten Hälfte des Januar die ortsbehördlichen Veröffentlichungen genau zu beobachten und Nachfrage zu halten. Die Einsichtnahme in die Liste darf keinem Stimmberechtigten verweigert werden. Eine Abschrift der Liste ist nicht gestattet. Jedoch kann das Ergebnis der Einsicht in Notizen festgehalten werden, soweit dabei die Rechte der übrigen Beteiligten auf Einsichtnahme hinlänglich gewahrt bleiben. Der Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste muß an den Gemeindevorsteher gerichtet werden und kann nur erfolgen während der Auslegungsfrist. Es ist empfehlenswert, das immer schriftlich zu tun.

9. Welche Wahlberechtigten müssen sich vertreten lassen? a) Minderjährige durch ihren Vater, Stiefvater oder Vormund (weibliche Vormünder können nicht persönlich abstimmen, dürfen sich aber durch ein Gemeindemitglied vertreten lassen); b) Ehefrauen durch ihren Ehemann; c) unverheiratete Besitzerinnen und d) Witwen durch ein beliebiges Gemeindeglied, das in die Wählerliste eingetragen ist und sonach das Wahlrecht auch für sich selbst besitzt, e) juristische Personen, sowie die übrigen im 2. Absatz des Paragraph 45 (siehe oben) bezeichneten Personengesamtheiten durch ihre verfassungsmäßigen Organe oder Repräsentanten. Zur Ausübung des Stimmrechts durch Vertreter ist erforderlich, daß 1. der Vertreter sich im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat und keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, sowie außerdem, daß 2. der Vater die väterliche Gewalt besitzt.

Briefkasten der Redaktion.

Marienwerder. Es ist unmöglich, den Bericht zu bringen, da aus ihm nicht hervorgeht, von welcher Organisation er handelt.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Danzig.

Dienstag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Steppuhn, Bürgergarten, Schidlitz

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht des Kassierers.
2. Jahresbericht des Vorsitzenden.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Beitragsregulierung.

Der wichtigen Tagesordnung wegen muß es Pflicht eines jeden Kollegen sein, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Zweigvereins-Vorstand.
J. A.: **A. Treder.**

Gesangverein Sängergruß.

Einladung zu dem am Sonnabend, den 31. Januar, in den Räumen des Herrn Steppuhn, Bürgergarten, Schidlitz stattfindenden

Maskenball

verbunden mit vielen Belustigungen, wozu Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind.

Masken gern gesehen.

Eintrittskarten im Vorverkauf: In den Gewerkschaftsbüros Dominikswall 8, Verkehrslokale Maurerherberge, Reimann, Fischmarkt 6 und im Zigarrengeschäft E. Sellin, Schüsseldamm 56.
Mitglieder erhalten Eintrittskarten am Mittwoch, den 28. Januar in der Übungsstunde. [597
Um rege Beteiligung ersucht **Das Komitee.**

Besseres Logis zu haben Drehergasse 6, II.

Als **Nähterin** empf. sich **Bartholomäikirchengasse 11, Hinterhaus.**

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Menschenschlachthaus.

Bilder vom kommenden Krieg!

Preis **1,00** Mk. Porto: Drucksache **10** Pfg.

Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

Elbing.

Bettfedern und Daunen

direkt aus erster Hand empfiehlt zu billigsten Preisen [597

A. Haustein

Elbing, Brückstr. 1-2 : Blaue Rabattmarken.

Brauerei

G. Preuss, Elbing

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere
Böhmischbier
Lagerbier hell u. dunkel
Braunbier
Weizenbier (Berliner Weissbier)

Sämtliche Waschartikel!

Grüne Seife, Boraxseife, Schälseife, Talgseife, Stearinbleichseife, Oehmig-Weidlichseife, Terpentinseife, alle Seifenpulver, Persil, Reger-Pascholl, Amerikanische Glanzstärke, Hoffmannsstärke, Cremestärke, Cremefarbe, Reis- und Weizenstärke, lose, bestes Waschblau, Chlorkalk, Eau de Javelle, Pottasche 598] Soda, Bleichsoda, Lessive Phénix etc.

Drogerie Pulewka, Elbing

Telefon 87. **Königsbergerstrasse 120.**
Spezialität: Streichfertige Oelfarben. Tapeten.

Schuhwaren

des Spezialschuhgeschäfts von

Geschw. Salinger

ELBING, Alter Markt 27

zeichnen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit und gute Passform. Unser Prinzip ist: „grosser Umsatz, kleiner Nutzen" bei aufmerksamer, freundlicher Bedienung.

Lieferung für alle Krankenkassen

und Anfertigung aller ärztlichen Rezepte in Elbing in der

Apotheke Fischerstrasse 45\6

Haupt-Niederlage für alle homöopathischen Arzneimittel. [311

R. Kowalewski, Nachf.

Elbing, Heiligegeiststr. 16, „Zum Lachs"
Fabrik feinster Liköre :: Weingrosshandlung
offeriert zu Festlichkeiten seine aus den besten Bestandteilen hergestellten

Punsche

als

Punsch-Royal
Burgunder-Punsch
Schlummer- „
Kaiser- „
Ananas- „
Schwedischer „
Alkoholfreier „

Staatsmedaille.
Englischbrunnen-Bier
Goldene Medaillen.
Hervorragend in Qualität, bekömmlich u. haltbar
Brauerei Englisch-Brunnen-Elbing.

Zweigniederlassungen in Allenstein, Bromberg, Danzig, Dirschau, Graudenz, Konitz, Thorn.

Freude u. Jubel

Sprechapparat

Elbinger Platten-Centrale
Blaue Rabattmarken. **Hans Tischmann.**

Sinalco

triumphiert überall infolge seiner
vorzüglichen Qualität und Bekömmlichkeit!
Es wird das begehrteste alkoholfreie Erfrischungs- und Familiengetränk stets bleiben.
Andreas Thiel, Elbing, Sinalcofabrik. Telefon 377.

Einzelne **Möbel** und ganze Ausstattungen

Auf Teilzahlung!

Wo kaufen Sie am vorteilhaftesten? Nur in

Hübner's
Möbel- u. Warenversandhaus

Wilhelmstraße Nr. 54, I.

Herren- und Damen-Konfektion

Spiegel **Uhren** Bilder — Teppiche Portieren, Gardinen, Sport- und Kinderwagen.

Kleinste Anzahlung! Geringste Raten!

Bezüge, Inletts, Federn, Betten, Laken, **Leibwäsche,** Plüsch-, Stepp- und Bettdecken, Grammophone.

Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15.

Neues Programm!

Darunter

ein Hauptschlager

und herrliche **Dramen** sowie **Humoresken.**

Jedes Bild ein Schlager!

580] Die Direktion.

ruhentage frank und frei verkündeten, daß in dem neudeutschen Reiche nur das alte Stockpreußentum verkörpert sei, haben der geschichtlichen Wahrheit einen ungleich größeren Dienst geleistet, als die Weisen, die seit mehr als vier Jahrzehnten diese gewiß sehr peinliche Tatsache mit tönenden Redensarten zu verhüllen bestrebt gewesen sind.

Tatsachen sind nun einmal halsstarrige Dinge, wie das engl. Sprichwort sagt. Der alte Kaiser Wilhelm war ein Mann der Tatsachen, als er im Januar 1871 auf die neue Kaiser- und Reichsherrlichkeit pfiff und sich die Maskerade schließlich nur gefallen ließ, als man ihm beibrachte, daß diese Maskerade gerade das Mittel sei, die steif gewordenen Glieder des altpreußischen Gauls wieder geschmeidig zu machen. Unter den Manteuffel und Konsorten waren die preußischen Praktiken sehr muffig und ruppig geworden, aber unter den Bismarck und Konsorten wuchsen sie sich um so üppiger aus unter dem Katzengoldschimmer des neuen Reichs.

Daran trägt der Liberalismus einen großen oder selbst den größten Teil der Schuld, was seinen Scherzen über den Preußentum einen peinlichen Beigeschmack gibt. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich durch den trügerischen Schein der Dinge nie blenden lassen und die preußische Krähe nie für den deutschen Adler angesehen. Es wäre schlimm, wenn es anders wäre, denn erst dann wird aus der borussischen Bastardbildung ein moderner Kulturstaat entstanden sein, wenn sich die Prophezeiung des Dichters erfüllt hat.

„Als du dich lange genug bedacht
Mutter Germania, glücklich verpreußte,
Waren es Proletarierfäuste,
Die dich frei und glücklich gemacht."

Jagow auf dem Tische!

Der forsche Polizeigewalthaber von Berlin ist jetzt der Abgott der gesamten Militärdiktatur. Der Roland von Berlin schreibt: „Herr Dr. von Jagow, der Polizeipräsident der deutschen Reichshauptstadt, ist der Held des Tages. Zum Festmahl der kommandierenden Generale hatte ihn auf deren einstimmigen Wunsch der an der Spitze des Gardekorps stehende General der Infanterie, Freiherr von Plettenberg (allgemein, auch vom Kaiser, der „Plettenberl" genannt) eingeladen. Der Kronprinz hat jüngst zu seinen Ehren ein Diner gegeben, und als Herr von Jagow an demselben Abend noch bei dem Liebesmahle eines Berliner Garderegiments erschien, **ergriffen ihn die Leutnants**, sobald er in der Tür zum Casino erschien, **trugen ihn im Triumph hinein, stellten ihn auf den Tisch und brachten ein brausendes, dreimaliges „Hoch!" auf ihn aus.**"

Eine wahrhaft erhabene Szene! Sie illustriert, daß die Machthaber von Berlin, Polizei und Militär, vollständig einig sind. Nun kann es losgehen, wenn einmal das Volk seine Ansprüche auf Gleichberechtigung anmelden würde. Diese demonstrative Huldigung vor Jagow stellt auch zugleich eine Antwort des Militärs dar auf die Regierungsmeldung, daß gegen Jagow ein „Verfahren" wegen einer bekannten Rechtfertigung der Militärdiktatur eingeleitet worden sei. Das „Verfahren" wird freilich nichts ergeben, denn die Soldateska ist mächtiger als die „Zivilregierung".

Zaberner Allerlei.

Gegen den Redakteur des Elsässer in Straßburg hat nunmehr die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Verleitung und Anstiftung zum militärischen Komplott" eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Berichterstattung über die bekannten Vorfälle in Zabern, zu welcher der Redakteur die inzwischen zu Arreststrafen verurteilten elsässischen Rekruten veranlaßt hatte. Termin findet bereits Anfang Februar vor der Straßburger Strafkammer statt.

Eine württembergische Regierungserklärung. Ueber die Frage, unter welchen Voraussetzungen die militärischen Befehlshaber zur Unterdrückung innerer Unruhen einzuschreiten befugt sind, teilt die Regierung mit: Die Bestimmungen über die Verwendung des Militärs bei inneren Unruhen sind im Reiche keine einheitlichen. In Württemberg darf ein Eingreifen des Militärs nur nach vorangegangener Aufforderung der zuständigen Behörde erfolgen. Diese Vorschrift, die sich auf das württembergische Gesetz vom 28. August 1849, betreffend das Aufgebot der bewaffneten Macht gegen Zusammenrottungen und Aufruhr gründet, ist für alle in Württemberg weilenden Offiziere, also auch für die hierher kommandierten Offiziere anderer Kontingente, ausschließlich maßgebend.

Große Tage im Reichstage. Das Reichstagsbureau teilt folgendes mit: Die Nachfrage nach den Tribünenkarten zu den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über die Zaberner Angelegenheit ist so stark gewesen, daß die vorhandenen Plätze bei weitem nicht ausreichten. Es ist daher unnütz, sich weiter mit ähnlichen Wünschen an das Reichstagsbureau oder an die einzelnen Abgeordneten zu wenden, da auch diese bereits über die ihnen zustehenden Plätze längst verfügt haben.

Verurteilung eines alldeutschen Schreiers. Das Schöffengericht Metz verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „nationalen" Leipziger Neueste Nachrichten wegen Beleidigung des Messe-Lorrain zu 30 Mark Geldstrafe. Die Redakteure des elsaß-lothringischen Blattes waren von dem alldeutschen Pöbel als „Wackes" beschimpft worden.

Ausland.

Rußland.

In Sibirien gestorben. Aus Sibirien kommt die traurige Kunde vom plötzlichen Tode eines Mitgliedes des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates, des Genossen Peter Alexandrowitsch Slydnew. Der Verstorbene nahm bedeutenden Anteil an den hohen Ereignissen des Jahres 1905. In den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat wurde er von einer der größten Fabriken gewählt, von den Obuchowschen Metallwerken. Ein besonnener Mensch mit ruhiger und fester Entschlossenheit war er dank einer angeborenen Bescheidenheit jedem äußerlichen Hervortreten abgeneigt und gerade diese seltenen Eigenschaften haben ihn zum beliebtesten Delegierten in den weitesten Schichten der Petersburger Arbeiterschaft gemacht. Zwei Tage nach dem geschichtlichen 17./30. Oktober — dem Tage der Verkündung der russischen Verfassung — wurde er in die Delegation bestimmt, die der Arbeiterdelegiertenrat zum damaligen Premierminister Witte entsandte mit der Aufforderung, einige Tags vorher beim Umzuge verhafteten Demonstranten unverzüglich auf freien Fuß zu setzen. Der damalige Leiter der russischen Regierungsgewalt versprach, die Forderung des Arbeiterdelegiertenrates sofort zu erfüllen und er hielt Wort. Aber sieben Wochen später — auf Anordnung desselben Witte! — schlossen sich hinter Slydnew und den übrigen Mitgliedern des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates die eisenbeschlagenen Gefängnistüren.

Im fernen Sibirien, wohin er zur lebenslänglichen Ansiedelung verbannt worden war, hat Slydnew ein frühes Grab gefunden. Die russische Arbeiterklasse, deren Drang nach Freiheit er in verantwortlicher Stellung treu und ehrenhaft zum Ausdruck gebracht hat, steht an seinem Grabe in tiefer Trauer, aber auch in unerschütterlichem Glauben an die Sache, der Slydnew sein Leben geopfert hat — an den unbesiegbaren Aufstieg der Arbeiterklasse Rußlands!

Österreich-Ungarn.

Judenfeindliche Boykotthetze in Galizien. Aus Stanislau wird der N. J. K. geschrieben: Die antisemitische Boykottbewegung, die in Russisch-Polen einen gewissen Stillstand erreicht hat, greift nach Galizien über und schreitet hier in ungeahnter Schnelligkeit fort. Besonders hetzt die katholische Geistlichkeit des Städtchens Ropczyce gegen die jüdische Bevölkerung. Der Geistliche Stawasz in Ropczyce fordert die Gläubigen von der Kanzel herab zum offenen Boykott gegen die Juden auf. Er verbietet allsonntäglich seiner Gemeinde **jeden Verkehr mit den Juden** und droht den Zuwiderhandelnden mit **schweren Kirchenstrafen.** Daß die Bauern die eindringlichen Worte ihres Seelenhirten beherzigen, ist nur selbstverständlich. So verlor die jüdische Kaufmannschaft ihre ganze christliche Kundschaft. Alle christlichen Dienstmädchen haben ihre Stellen bei Juden gekündigt und es ereignete sich sogar, daß eine christliche Hebamme sich weigerte, eine jüdische Wöchnerin zu besuchen, indem sie sich auf das Verbot des Geistlichen berief. — Ein wahres Glück, daß den katholischen Pfaffen in der Neuzeit wenigstens ein wenig die Krallen beschnitten sind. Könnte diese Gesellschaft, wie sie möchte, dann würden die Scheiterhaufen an jeder Straßenecke flammen.

Britisch-Ostindien.

Ein neues politisches Attentat hat sich in Kalkutta ereignet. Ein Inspektor der Kriminalpolizei wurde auf offener Straße durch Revolverschüsse getötet, und zwar in Gegenwart von Hunderten von Passanten, von denen niemand den Versuch machte, den Mörder zu ergreifen. Nach langer Jagd, auf welcher der Mörder mehrere Schüsse abgab, und zwei Personen verwundete, konnte er von dem Ordonnanzoffizier des Inspektors festgenommen werden. Der Inspektor hatte an der Untersuchung wegen der letzten Verschwörungen in Kalkutta sehr tätigen Anteil genommen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Jagd nach roten Kranzschleifen wird von der Breslauer Polizei munter fortgesetzt. Am Samstag wurde eine Genossin auf dem freireligiösen Friedhof beerdigt. Unweit des Friedhofes warteten mehrere Beamte auf die Ankunft des Trauerzuges und beschlagnahmten von zwei Kränzen die roten Schleifen, um sie nach der Polizeiwache mitzunehmen. Der Vorfall löste allgemeine Erbitterung aus.

Der Entwurf einer neuen deutschen Wechselordnung ist, der Post zufolge, soeben dem Bundesrat zugegangen.

Protest gegen schlechte Behandlung in einer Lungenheilanstalt. Etwa 80 Personen, Insassen der Lungenheilanstalt Winterkasten, haben nach dem Berliner Tageblatt die Anstalt verlassen, weil sie Grund zur Beschwerde über schlechte Behandlung zu haben vorgeben.

Die albanische Lage. Der Korrespondent des Temps erklärt, aus offizieller Quelle erfahren zu haben, daß Österreich und Italien sich weigern, zurzeit Truppen nach Albanien zu senden. Die internationale Kontrollkommission gedenkt daher die Entsendung von mindestens 500 Mann der Garnison Skutaris zu veranlassen. In Brindisi stehen zwei italienische Kriegsfahrzeuge bereit, um im Falle einer Verschlimmerung der Lage sofort unter Dampf zu gehen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Werftenarbeit.

Der Bedarf der Reedereien ist das Geschäft der Werften; deswegen kann man an den Jahresleistungen der Werften ziemlich genau erkennen, welche Entwickelung die deutschen Reedereien nehmen. Jetzt ist die Statistik des „Germanischen Lloyd"*) für das Jahr 1913 herausgekommen. Nach ihr sind im Jahre 1913 auf deutschen Werften fertiggestellt worden: Dampf-, Motor- und Segelschiffe 936 (im Jahre vorher 927). Der Schiffsraum dieser Werftproduktion ist in den zwei Berichtsjahren von 480 000 auf 524 000 Bruttoregistertons (zu 2,8 Kubikmeter) gestiegen.

Recht charakteristisch ist, daß 1913 für deutsche Rechnung im Auslande viel weniger gebaut worden ist als 1912: nur 103 Schiffe, gegenüber 161. Der Raumgehalt dieser im Ausland — im besonderen natürlich in England — gebauten Schiffe, betrug 42 000 Tons gegenüber 73 000 Tons im vorhergegangenen Jahre. Seine Ursache hat das nicht zuletzt mit darin, daß die Reedereien es verstanden haben, ihren Plan, die Werften sicher in die eigenen Hände zu bekommen, im Jahre 1913 wieder ein Stück der Verwirklichung näher zu führen. Natürlich spielen auch Konjunkturmomente und anderes noch eine Rolle bei dieser Veränderung.

Die deutschen Werften haben für Fremde, also für Auslandsrechnung, 20 Schiffe mehr fertiggestellt als 1912, nämlich 196. Es handelt sich aber fast nur um Schiffe geringeren Raumgehaltes, die für das Ausland hergestellte Tonnage betrug nur rund 38 000 Tonnen.

Die wichtigste Frage, die die Statistik des Germanischen Lloyd zu beantworten hat, ist die: wieviel Aufträge sind bei Jahresschluß noch bei den deutschen Werften gewesen? Gegenüber dem Schluß des Vorjahres ergeben sich die folgenden Ziffern:

	31. Dezember 1913	31. Dezember 1912
Dampfer	930 000 Tons	887 000 Tons
Motorschiffe	27 000 „	45 000 „
Segler	49 000 „	70 000 „
	1 006 000 Tons	1 102 000 Tons

Die noch im Bau befindliche Tonnage ist also gegenüber dem Jahresschluß 1912 kaum gestiegen, hat sich aber auch nicht nach unten verändert. Die Schiffszahl weist eine stärkere Verschiebung auf. Ende des Jahres 1912 waren 474 Schiffe im Bau, am 1. Januar 1913 sind es 502. Die stärkste Ursache zu diesen Schwankungen der Zahl der in Bau befindlichen Schiffe sind die Motorschiffe, deren Tonnageraum um bald 100 Prozent gesunken ist. Außerdem sind statt der zehn Schiffe, die am 1. Januar 1912 auf deutschen Werften im Bau lagen, jetzt 32 in Arbeit. Der Durchschnittstonnageraum ist demnach bei den Motorschiffen ganz besonders gesunken.

Unter den jetzt noch laufenden Aufträgen der deutschen Werften sind für fremde Rechnung wieder 61 Schiffe mit allerdings wesentlich geringerem Tonnenraum gegenüber 1912 im Bau. Das Ausland baut zurzeit für deutsche Rechnung 29 Schiffe mit noch nicht 7000 Tonns. Am 1. Januar 1912 waren es 55 Schiffe mit rund 14 000 Tons, die das Ausland für deutsche Rechnung im Bau hatte.

Selbstverständlich haben die Nordseewerften den Löwenanteil der zurzeit noch laufenden Aufträge, nämlich rund drei Fünftel; nicht ganz zwei Fünftel entfallen auf die Ostseewerften und rund 34 000 Tons auf Binnenwerften. Im einzelnen ist der derzeitige Auftragsbestand der großen Werften der folgende:

Abteilung Nordseewerke Emden der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G.: 11 358 Tons, darunter ein größerer Tankdampfer für die Deutsche Erdöl-A.-G.

Akt.-Ges. Weser, Bremen: 110 600 Tons, darunter große Passagier- und Frachtdampfer, außerdem noch zwei deutsche Kriegsschiffe.

Atlaswerke A.-G. Bremen: 1985 Tons.

Bremer Vulkan, Vegesack: 110 000 Tons vorwiegend Passagier- und Frachtdampfer.

J. Frerichs & Co. A.-G., Einswarden: 11 100 Tons.

G. Seebeck A.-G., Geestemünde: 18 023 Tons, darunter mehrere große Tankdampfer.

Joh. C. Tecklenborg A.-G., Geestemünde: 94 000 Tons, darunter ein 21 000 Tons, Turbinen-, Passagier- und Frachtdampfer.

Rickmers A.-G., Bremerhaven: 15 480 Tons in drei Frachtdampfern für eigene Rechnung.

Blohm & Voß, Hamburg: 2 Motor-Frachtschiffe, 2 Turbinen-Schnelldampfer (darunter die „Vaterland" für die Hapag), ein Schnelldampfer mit kombiniertem Antrieb, 2 Schwimmdocks und der große Kreuzer „Derfflinger".

Reiherstieg-Schiffswerft, Hamburg: 15 735 Tons, darunter zwei größere Fracht und Passagierdampfer.

Vulkan-Werke A.-G., Hamburg: Ein 18 000-Tons-Dampfer, sowie ein Linienschiff für die deutsche und ein Panzerschiff für die griechische Marine. Ferner in Stettin: 23 180 Tons (darunter 4 Torpedoboote für Holland), außerdem 6 Torpedoboote, 1 kleiner Kreuzer und der Neubau „Ersatz Hohenzollern" für die deutsche Marine.

Flensburger Schiffsbau-A.-G.: 96 310 Tons, Frachtdampfer und 1 Schwimmdock.

Friedrich Krupp A.-G., Germaniawerft Kiel: 1 Frachtdampfer 9600 Tons, Kriegsschiffe (i. V. 2 Linienschiffe und 1 kleiner Kreuzer mit zusammen 26 700 Tons, sowie 10 Unterseeboote für die kaiserliche Marine, 4 Unterseeboote für Norwegen, 1 Minenleger für die Türkei) sind diesmal nicht aufgeführt.

Howaldtswerke, Kiel: 38 080 Tons Fracht- und Tankdampfer ferner 1 kleiner Kreuzer und 1 Linienschiff für die kaiserliche Marine.

Henry Koch A.-G., Lübeck: 15 800 Tons.

Akt.-Ges. Neptun, Rostock: 27 000 Tons, Frachtdampfer.

StettinerOderwerke A.-G.: 13 513 Tons.

F. Schichau, Danzig: 2 Passagier-Schnelldampfer von je 35 200 Tons (i. V. nur einen), ferner einen deutschen großen Kreuzer und zwei russische Kreuzer.

F. Schichau, Elbing: 6 (23) Torpedoboote, 4 Saugbagger und 9 Schleppdampfer.

Schon eine flüchtige Betrachtung der Ziffern zeigt uns, daß die deutschen Werften in das Jahr 1914 durchaus nicht mit verringerten Aufträgen eintreten. Selbstverständlich ist die Höhe der Preise, die für die hergestellte Tonnage gezahlt werden, damit noch nicht ohne weiteres fixiert. Aber aus den Ursachen heraus, die wir an dieser Stelle schon zu verschiedenen Malen erläuterten, kann man die Behauptung als lächerlich erklären, daß bei den Schiffsbauaufträgen niemand existiere, der etwas verdiene. Geschäfte werden im Werftbetrieb schon gemacht; die Gewinne daraus fließen nur mitunter nicht zu den Werftaktionären, sondern zu andern „guten Freunden" der Schiffsbauindustrie!

*) Der „Germanische Lloyd" ist ein Unternehmen, das — in der Form einer Aktiengesellschaft — die Klassifizierung von Schiffen, Herausgabe von Schiffsregistern, Feststellung von Vorschriften für Neubau und Reparaturen von Schiffen, sowie den Betrieb aller damit in Verbindung stehenden Geschäfte und die Förderung von Schiffahrtsinteressen überhaupt erledigt. Der Germanische Lloyd beschäftigt rund 300 Agenten und Besichtiger. Im Aufsichtsrat sitzen selbstverständlich die üblichen bekannten Schiffahrtsinteressenten, z. B. Senator Wessels (Bremen), Kommerzienrat Gribel (Stettin), (Union A.-G. für See- und Flußversicherung), Konsul Woermann (Hamburg), Generalkonsul Waetjen (Bremen), Direktor Rolze (Bremen), und Direktor Hartmann (Bremen). Wir haben hier eine Art Nachbildung des Londoner Lloyd, der bekannten schon sehr alten Versicherer-Vereinigung, von der der Name „Lloyd" für Schiffsversicherungs-, Dampfschiffs- und ähnliche Gesellschaften überhaupt hergenommen ist.

Soziales.

Arbeiterelend auf dem Lande.

Die Witwe Johanna Liedtke in Willnau, einem Dorfe im ostpreußischen Kreise Mohrungen, hat für fünf Kinder zu sorgen, von denen das älteste zwölf und das jüngste zwei Jahre alt ist. Der Ortsarmenverband zahlte dieser Frau früher sechs Mark monatliche Armenunterstützung. Der Gemeindevorsteher von Willnau hielt der Frau des öfteren vor, es gehe nicht länger, daß sie so viel Unterstützung beziehe. Er befahl der Frau, die Schule zu reinigen und legte ihr noch eine Mark monatlich zu. Die Frau erhielt nun sieben Mark, konnte aber bei der Verpflichtung zur Schulreinigung nicht viel dazu verdienen. Die scheinbare Zulage war also in Wirklichkeit ein Abzug. Von den sieben Mark sollte die Frau auch noch Miete bezahlen.

Am 2. Dez. 1913 richtete die Witwe an den Mohrunger Kreisausschuß ein Gesuch, in dem sie um Erhöhung der Unterstützung bat, da sie sonst mit ihren Kindern an Leib und Seele verkommen müsse. Statt einer Zulage gab es am 1. Januar 1914 große Vorwürfe von Seiten des Gemeindevorstehers, der die Frau fragte, „wie sie sich erlauben könne", an das Landratsamt zu schreiben. Die Witwe erhielt nicht einmal die bisherigen sieben Mark ausgezahlt. Am 6. Januar reichte die Frau unter Schilderung ihrer Lage dem Landratsamt ein dringendes Gesuch mit der Bitte um schleunige Hilfe ein. Am 14. Januar erhielt Frau Liedtke folgende Antwort:

Mohrungen, den 13. Januar 1914.

Auf das Gesuch vom 6. d. M.

In Ihrer Armenbeschwerdesache wider den Ortsverband Willnau wegen Weitergewährung der bisher gezahlten Unterstützung von 6 Mark monatlich wird das Kollegium des Kreisausschusses in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen. Eine Ausfertigung dieses Beschlusses wird Ihnen alsdann zugefertigt werden.

Landratsamtsverwalter.
(Name unleserlich), Regierungs-Assessor.

Die Frau sieht jetzt schon wie ein wandelnder Leichnam aus. Statt einer Hilfe nun die Aussicht — vielleicht noch Wochen hindurch — mit ihren Kindern weiter hungern zu müssen. Aber die Leiden der schwergeprüften Frau sind damit nicht erschöpft. Am 13. Januar forderte das Amtsgericht Mohrungen auf Antrag des Besitzers Madsack sie zur Räumung der Wohnung auf, obwohl die Miete bezahlt war. Sechs Menschenleben stehen hier auf dem Spiel; denn daß die Frau, die nicht in der Lage ist, ihren Lieben die anspruchloseste Existenz zu schaffen, unter diesen Verhältnissen zu einem Verzweiflungsschritt gedrängt werden muß, ist klar. Will der Gemeindevorsteher von Willnau wirklich die Verantwortung hierfür übernehmen? Ein Fall, der so kraß ist, wie der hier mitgeteilte, dürfte kaum anderswo, als in Mohrungen, dem agrarischsten aller Kreise, möglich sein. ph.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt! Der kürzlich gestorbene Kardinal Luigi Oreglia bezog als Kurienkardinal das Fixum von 21 500 Franken in Gold, als Dekan und Kämmerling des Heiligen Kollegiums vom Jahre 1895 ab 8000 Lire, als Präfekt und Sekretär zweier Kongregationen und Protektor von drei Ordensgesellschaften 14 000 Lire und endlich seit seiner 1873 erfolgten Ernennung als Kardinal die Pfründe des Bistums Ostia an der Tibermündung, dem er ein einziges Mal in vierzig Jahren einen Besuch abgestattet haben soll. Dafür strich der Kardinal und sogenannte „Reichsverweser der heiligen Kirche" ein weiteres Gehalt von 93 800 Lire im Jahr ein; und das für ein Bistum, das weniger Seelen zählt, als jede mittelgroße Pfarrei am Rhein. Das Gesamteinkommen dieses älteren Kurienkardinals mit bescheidenster theologischer Bildung betrug 138 000 Lire gleich **111 000 Mark** im Jahr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Zahlstelle Danzig.

Am Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr im Lokal Maurerherberge, Schüsseldamm 28

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Neuwahl der Kartelldelegierten. 5. Verbandsangelegenheiten.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

677] Die Ortsverwaltung.

Ohne Legitimation kein Zutritt.

Die kluge Hausfrau

kauft nur

bestes, bekömmliches und schmackhaftes

BROT

aus der

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H.

Tel. 380. **Kolkowgasse 15** Tel. 380.

Fabrikate in den durch **blaue** Schilder gekennzeichneten Geschäften erhältlich.

Eigene Verkaufsstellen: Kolkowgasse 15, Baumgartsche Gasse 30, Drehergasse 24, Tischlergasse 35, Melzergasse 11-13, Mattenbuden 20. Danzig-Neufahrwasser: Sasper Straße 23. Danzig-Schidlitz: Karthäuser Straße 103. Danzig-Stadtgebiet: Grauer Weg 8. Ohra: Schönfelder Weg 51.

Achtung! Jedes Brot trägt den Stempel:

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

J. W. Hohmann, Danzig

Gross-Destillation, [505

Fabrik feiner Tafel-Liköre und Weinhandlung

empfiehlt seine weltberühmten Likör-Spezialitäten:

Danziger Goldwasser	Hohmann's Richtenberger (alleiniger Fabrikant)
Danziger Kurfürsten	Kropla zoladkowa (Magenbitter)
Polar-Eis-Luft (Gesetzlich geschützt)	Extra feiner Machandel 00
Polar-Eis-Kümmel	Hohmann's Original-Sherry-Brandy

Probierstube nur Pfefferstadt 53.

Postkistchen von 3.50 Mk. an franko jeder Post- u. Bahnstation.

Als besonders preiswert!

Ulster und Paletots

Serie I	Serie II	Serie III
16.50	19.50	25.50

Jackett-Anzüge ein- u. zweireihig in all. mod. Farb.

Serie I	Serie II	Serie III
15.50	19.50	27.50

Eugen Hasse

Herren- und Knaben-Bekleidung. [594

Beachten Sie meine 6 Fenster **Kohlenmarkt 14-16, Ecke Passage.** Fernsprecher 1854

Sonntag

den 25. Januar cr. findet das im Etablissement des Herrn J. Steppuhn, Schidlitz arrangierte

Gewerkschaftskränzchen

mit humoristischem Bockbier-Abend

statt und werden die Mitglieder der Gewerkschaften freundlichst eingeladen.

590] Der Vergnügungs-Vorstand.

Arthur Dahlmann,

Telef. 433 **Danzig-Langfuhr** Telef. 433

Hauptgeschäft Hauptstrasse 56.

Filiale Hauptstrasse 27. Filiale Neuschottland 16-17.

en gros „Zur weissen Hand" En detail.

Mehl- u. Fourage-Handlung

Lager sämtlicher Hülsenfrüchte, Graupen, Grützen ferner sämtliche Fettwaren, Marmeladen und Honig

Kartoffel Hefen-Verkauf **Kartoffel**

Echt gekachelten garantiert reinen *Schnupftabak* offeriert **Julius Gosda,** Danzig, Rohtabakgroßhdlg., Schnupftabak-Kachelei, 2. Priestg. 5, Ecke Häkerg. 5. Fernspr. 2428. [591

Die Waffen nieder! Von Berta v. Suttner. Preis broschiert 80 Pfg. gebund. 1.20 M empfiehlt Buchhandl. Volkswacht.

Herren-

Anzüge, Ulster, Joppen

von **11,50** M von **14,00** M von **5,75** M

Kinderanzüge riesig billig.

Philipp Schwersenz

Langfuhr, Hauptstrasse 40a. [647

Schnupftabak

(echt selbstgekachelt und garantiert rein) aus Kentuckyblättern ohne jeden Zusatz von deutschen Tabaken, sowie

Blättertabak und Stangenkautabak (en gros)

empfiehlt [564

Joh. Kostuchowski,

Danzig-Schidlitz, Karthäuser Straße 113. Fernsprecher 2747

Oskar Schützmann

Destillation und Likörfabrik

Tischlergasse No. 67

Grogrum.

Elbing

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9

Nur wir haben das alleinige Aufführungsrecht

des großen 5 aktigen Schlagers

„Germinal"

nach dem gleichnamigen Roman aus dem Bergarbeiterleben von

Emile Zola

Packende Szenen schildern das Leben und Wirken, sowie Kämpfen der Bergleute um bessere Löhne.

„Germinal" wurde im Gewerkschaftshaus zu Breslau vor mehr als **2200 Genossen** mit größtem Beifall aufgeführt.

Damit jeder Arbeiter in der Lage ist, sich dieses Werk anzusehen, haben wir, trotz der großen Unkosten keinen Preisaufschlag.

Preise der Plätze 25 Pf., 35 Pf., 45 Pf.

Mit bester Empfehlung

Robert Hoffmann.

[590

Patent-Reform-Gebiß

Haltbarer Zahnersatz ohne jede Platte. Bei jedem nicht den Geschmack und sitzt fest im Munde. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich allein das Recht habe, das Patent Reform-Gebiß anzufertigen.

1.00 Mk Zähne 1.80 Mk

ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte u. 10jähriger Garantie für Haltbarkeit.

Als Zähne à 1.80 Mark liefere ich solche, welche verschiedentl. mit 3, 4 Mk. u. mehr bezahlt werden müssen. **Plomben** billigst **Reparaturen** an 1 Mk., **Umarbeitung** nicht passender Gebisse **schnellstens und billigst. Nervtöten** 1 Mk.

Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen kostenlos.

Viele Dankschreiben von meinen Patienten **über schmerzloses Zahnziehen.**

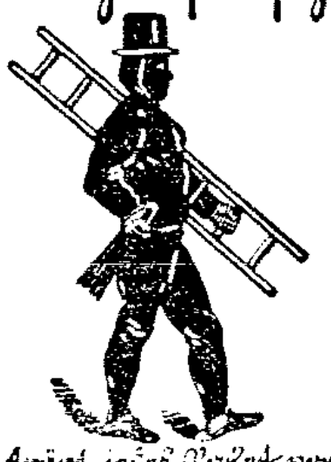
Zahnziehen in örtlicher Betäubung à **1 Mk.** [555

Sprechstunden von 8–8 Uhr. **Mewald's** Sonntags von 9–2 Uhr.

Tel. 2621. „Institut für Zahnleidende" Tel. 2621.

Nähe Hauptbahnhof. **Pfefferstadt 71 I.** Nähe Hansaplatz.

Im Schornsteinfeger



Anzeigt jedes Quantum von Weihnachtsgänsen — Gänsen — welches sie hübsch, Leihgans anfüllt.

Kinderl. Leute suchen Parterre-wohn. pass. f. kl. Bäckerei. Briefe mit Preis erbittet Claaßen, Schidlitz, Karthäuser Str. 75 a, I.

Einige gutsingende Kanarienhähne, v. m. Stamm, bill. z. verk. Kraut, Wallgasse 4a, IV. Etage.

Zähne werden gezogen, auf Wunsch schmerzlos. Auch wird der Nerv getötet.

W. Schreiber, Heilgehilfe, Tischlergasse 27. [283

Zentralbibliothek

zu Danzig

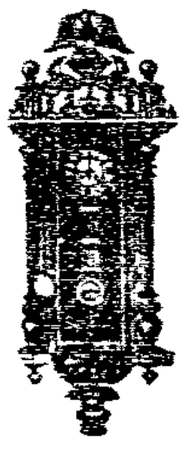
Kostenlose Bücherausgabe

Mittwoch von 7–8 Uhr

Sonnabend v. 6-8½ Uhr abends

Dominikswall 8, Hof I.

Komm zu mir! Ich borge Dir!



Rob. Schultz, Danzig

Schüsseldamm Nr. 56, I Tr.

Filialleiter der Firma

Jonass & Co. G. m. b. H. Berlin

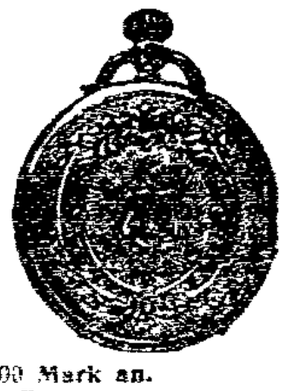
Gegründet 1880

Großes Lager von Geschenkartikeln

Musikinstrumente jeder Art, Sprechmaschinen, photograph. Apparate, Haarschneide-Maschinen, Rasierapparate und Messer.

100 000 Kunden

Uhren, Gold- u. Silberwaren



auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 200 Mark an.

540] Bei Barzahlung 10 % Rabatt. — Kein Laden. — 1 Etage.

Marienwerder.

Achtung! **Achtung!**

Empfehle meiner werten Kundschaft von Marienwerder u. Umgegend meine anerkannt

wohlschmeckenden Backwaren

zu äußerst billigen Preisen.

Paul Laskowski, Marienwerder

Gortzener-Allee 61.

Ed. Michaelsons Ww. Neufahrwasser, Olivaerstr. 68, kauft man **Schuhe und Stiefel jeder Art** am billigsten und besten

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Jacob, für den Inseratenteil: Franz Unterhalt. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von C. Langowski, sämtliche in Danzig